Die Lage in Marokko

Paris, 12. 5. (WTB.) Ministerpräsident Painlevé hat nach Beendigung des heutigen Ministerrats den Vertretern der Presse über die Lage in Marokko erklärt, die nunmehr stabilisierte Lage sei heikel gewesen, ohne allerdings große Operationen wie in früheren Jahren erfordert zu haben. Alle bis heute durchgeführten Operationen hätten nur kleinen Umfang gehabt und geringe Opfer an Menschenleben gefordert. Doch müsse man bedenken, daß die Operationsfront sehr groß sei. Es sei viel Wachsamkeit notwendig, da die Lage doch noch als schwierig bezeichnet werden müsse.

Im Verlaufe des heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Ministerrats ist die zeitweilige Ernennung des der Sozialistisch-Republikanischen Partei angehörenden Abgeordneten Violette zum Generalgouverneur von Algier beschlossen worden.

Die Sozialdemokraten sind überall dazu fähig alle kapitalistischen Unterjochungsmanöver mit ihrem Namen zu decken. Gegen eine gute Livré nebst einem scheinbar sicheren Sessel und ein paar Henkersgroschen hat sie von jeher das Proletariat und die eigene Gesinnung an die herrschende Klasse verkauft.

In Paris, auf dem Kongreß der 2. Internationale, predigt man Frieden und Menschheitsverbrüderung, während man im selben Augenblick vom Kapital die Rolle der Kriegsführung übernimmt.

Paris, 14. 5. (T.-U.) Nach einem amtlichen Bericht aus Rabat hat gestern die Generaloffensive gegen Abd el Krim begonnen. Der amtliche Bericht lautet: „Die Kampfhandlungen zur Einnahme der Anhöhen von Bibane haben gestern früh nach dem Plan des Generals Chambrun nördlich von Quergha, Qurtzagh und Tradant begonnen. Die Kolonnen des Generals Colombat griffen nach heftiger Artillerie- und Flugzeugvorbereitung die Stellung des Gegners an. Sie arbeiten sich normal an den Berg heran, auf dem sich die Rifleute in modernen Laufgräben verschanzt haben. Nach den letzten Meldungen haben sie überall großen Erfolg gehabt.

Abbau von 30 000 Eisenbahnern

Die Ausbeutung der deutschen Eisenbahner im Interesse des Profits muß unbedingt noch gesteigert werden.

Die „DAZ." berichtet darüber am 14. Mai:

Weiterer Personalabbau bei der Reichsbahn.

In der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat eine Sitzung der Direktionspräsidenten stattgefunden, in der die Präsidenten allgemein über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Reichsbahn-Gesellschaft orientiert wurden. Der stellvertretende Generaldirektor, Staatssekretär a. D. Stieler, nahm Gelegenheit, darauf hinzuweisen, welcher Anstrengungen es bedürfe, um den an die Deutsche Reichsbahn in volkswirtschaftlicher wie in privatwirtschaftlicher Hinsicht herantretenden Forderungen gerecht zu werden. Die Aussprache war nur von kurzer Dauer. Detaillierte Angaben über die notwendigen Maßregeln wurden nicht gemacht. Dagegen wird an zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß der Personalbestand der Reichsbahn im Augenblick 765 000 Köpfe zählte, im Frieden dagegen nur 700 000, so daß ein weiterer Abbau in geringen Grenzen unvermeidlich sein dürfte.

Wie verlautet sollen die Entlassungen, die schon in kurzer Zeit in Angriff genommen werden, 30 000 Arbeiter auf die Straße setzen.

Das Kapital arbeitet mit seinem Sklavenmaterial ganz willkürlich. Die Leistung muß erhöht werden, die Unkosten verringert. Das Proletariat muß bluten. Die Gewerkschaften stehen dabei und zucken die Achseln. Es ist eben einmal kapitalistische Profitwirtschaft. Da hilft eben kein zetern und zagen, da hilft nur Revolution.

Generalstreik im rheinisch-westfälischen Baugewerbe

In Rheinland-Westfalen haben die gesamten Bauarbeiter am Donnerstag morgen geschlossen die Arbeit niedergelegt. Als Streikursache gilt die Ablehnung des durch den staatlichen Schlichter gefällten Schiedsspruchs. Gefordert werden 1,20 Mark Stundenlohn als Spitzenlohn. Bei diesem Streik handelt es sich um etwa 12 000 Arbeiter des gesamten rheinisch-westfälischen Hochbau- und Betongewerbes. Zwischen den Parteien der Unternehmer und Gewerkschaften haben, wie aus Köln gemeldet wird, Donnerstag vormittag um 10 Uhr neue Verhandlungen begonnen.

Im Augenblick, wo der Streik beginnt setzt man sich sofort wieder an den Verhandlungstisch, um den Kampf so schnell wie möglich abzuwürgen.

Im Schillbecker Prozeß

beantragte der Staatsanwalt Hildebrandt

67 Jahre 10 Monate Festung, 3600 Mark Geldstrafe

v. 25 Mk. pro Tag.

Diese Strafen bewegen sich von 1—4 Jahre, mit den üblichen Geldstrafen. Auch in diesem Prozeß wurden, was überall üblich ist, wieder die sadistischen Mißhandlungen der „Brüder im grünen Rock" gegen die Gefangenen festgestellt. Hoffentlich hat die grüne Schupozelle der KPD. diese Apparate des modernen Staates bald revolutionier und bolschewisiert.

Das ganze Proletariat wartet auf die Zellenpraxis in der deutschen Justiz.

Nachträgliches zur Betriebsratswahl

Aus Altona wird uns folgendes, das die Machtlosigkeit der KPD.-Zellen im Betrieb und ihre Taktik gegen unsere Genossen aufzeigt, zum Abdruck gesandt.

In einem größeren Betrieb der Reichs-Eisenbahn in Altona sollten zu den stattfindenden Wahlen des Betriebsrats die Vorschlagslisten eingereicht werden. In seiner Hilflosigkeit, in Ermangelung an eigenen Kräften, trat der KP.-Obmann an einen Genossen der AAU. heran, mit der Aufforderung sich als Betriebsrat aufstellen zu lassen. Auf diesen taktischen Zug des KPD.-Funktionärs, der darauf ausging die Genossen in den Betrieben zu korrumpieren, gab der Genosse der Union die Antwort, daß es ein Unsinn höchsten Grades sei, mit solchen Fragen an einen Unionisten heranzutreten. Diese Frage sei vollkommen undiskutabel, er brauche die „Immunität" des Betriebsrates nicht, um seine Politik im Betrieb zu treiben. Auf diese Antwort setzte ein ganz erkleckliches wüstes Geschimpfe gegen den Gen. der AAU. von Seiten des KPD.-Mannes ein. Er bezeichnete den Genossen, den er vorher als Betriebsrat in Vorschlag gebracht hatte, als Spitzel.

Auf die Aufforderung, dafür mindestens den Beweis antreten zu müssen, erklärte der KPD.-Betriebsrat, daß der Unionsgenosse sich ja nicht für Moskau oder Amsterdam entschieden hätte, und zu allen Tagesfragen eine andere Stellung einnehme. — (Ein schöner Beweis!) — Der Genosse der AAU. konnte feststellen, daß ein Teil der KPD.-Genossen denn doch nicht mit der Ansicht ihres Betriebszellen-Obmanns einverstanden waren. Nur so weiter ihr Reformisten mit dem Sowjetstern. Ihr arbeitet für uns.

Ein anderes Beispiel dieser KPD.-Reformisten, das an den gleichen Betriebsratswahlrummel anknüpft.

Das Geschmiere des „Freien Eisenbahner" Nr. 17 vom 3. Mai, des Organs der gewerkschaftlichen KPD.-Reformisten von Moskaus Gnaden, bringt in einem Aufruf und in einem Artikel folgende Zweiseelenverdummung der Gewerkschafts-Einheit zum Vorschein:

Eisenbahner entscheidet Euch
Gegen das Hungerelend,
Für auskömmlichen Lohn,
Gegen Abbau,
Für Achtstundentag,
Gegen Uebergriffe der Verwaltung!

Protestiert gegen den Verrat des DEV., AEV. und GDE.

Keine Stimme diesen Parteien.

Dem gegenüber schreibt dieselbe Gewerkschaftsjournaille an anderer Stelle:

„An den Orten, wo keine eigenen Listen des „Freien Eisenbahnerverbandes" aufgestellt sind, wählen die Kollegen die Listen des DEV.; (die nach der „Volkszeitung" zum großen Teil aus Streikbrechern bestehen sollen.)

Die Dummheit, mit der die KPD.-Mitglieder dieser Gewerkschaften solche politische Frechheit in der Presse hinnehmen, ist größer als die Polizei erlaubt.

Jüdischer Nationalkommunismus

Lehrerstreik in den hebräischen Schulen Palästinas.

Jerusalem (J. T. A). Die hebräischen Schulen sind nach Beendigung der Passah-Ferien nicht wieder eröffnet worden, da der Lehrerverein den Streik proklamiert hat. Die Lehrerschaft forderte daß die Zionistische Exekutive die volle Verantwortung für die Deckung des gesamten Unterrichtsbudget in Palästina übernehmen soll. Die Exekutive lehnte diese Forderung ab, worauf der Streik proklamiert wurde. Die Zionistische Exekutive veröffentlichte am 22. April eine Erklärung, daß sie die Verhandlungen mit der Lehrerschaft solange nicht wieder aufnehmen wird, als der Unterricht in den Schulen nicht wieder begonnen hat."

Diese Meldung der „Jüdischen Telegraphen-Agentur" über den Lehrerstreik in Palästina beweis: wieder aufs neue, daß es eine Utopie ist, im Kapitalismus, unter der Herrschaft des Klassenstaates, kommunistische Gemeinwesen zu schaffen. Wie die zionistische „Jüdische Rundschau am 24. April nach einer Mitteilung aus Jerusalem meldet, streiken die Lehrer nicht nur um die Sicherung ihrer Zukunft, wie die „J. T. A." dies umbiegt, sondern in erster Linie um die Auszahlung zweier rückständiger Monatsgehälter.

„Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Heimstätte in Palästina". („Baseler Programm"). Das junge zionistische Element, das nach Palästina geht, um dort den nationalen Judenstaat auf kommunistischer Grundlage zu schaffen, besteht fast ausschließlich aus dem allerbesten Menschenmaterial. Größtenteils der besitzlosen Klasse entstammend, vom Schacher und vom kapitalistischen Morast angeekelt, wollen sie der Welt beweisen, daß der Jude auch körperlicher, in der schwersten körperlichen Arbeit, der Landwirtschaft gewachsen ist. Die kommunistische Einstellung der Auswanderer nach Palästina ist nur gefühlsmäßig. Aber niemand geht nach Palästina in der Hoffnung, dort ein Eldorado vorzufinden. Jeder ist sich bewußt, daß er als Pionier für eine Zukunftsache einen Leben voll harter Arbeit und Entbehrung entgegengeht. Wie alle Nachrichten aus Palästina übereinstimmend berichten, leistet der traditionell körperlicher Arbeit entwöhnte jüdische Nachwuchs dort unter den denkbar schwierigsten Umständen mustergültige kolonisatorische Arbeit. An Gemeinschaftswillen fehlt es in Palästina also gewiß nicht. Trotz aller Begeisterung und hoher Ideale der jungen Zionisten für die Sache, reißen die Streiks nicht ab. Kürzlich waren es die Arbeiter die gegen die von ihnen selbst geschaffenen zionistischen Unternehmer streikten, und jetzt die Lehrer.

Das junge zionistische Element lernt so an der Geschichte Palästinas, d. h. am eigenen Leibe erkennen, daß die Menschheit sich nicht ihr Dasein gestalten kann durch ihr Wollen auf Grund abstrakter Theorien und Programme. Das regulative Prinzip der Weltgeschichte ist der Klassenkampf. Die Triebkräfte der Oekonomie regeln das wirtschaftliche Werden nach eigenen ehernen Gesetzen und schieben alles abweichende Wollen beiseite. Die durch Gemeinschaftswillen geschaffenen Organisationen stellen Kapital dar, solange die Umwelt kapitalistisch ist. Sie sind auf Profit angewiesen, auf Akkumulation auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter. Die Schöpfer der „Gemeinschaften" sind Ausgebeutete, ihre Erwerbs-Organisationen Ausbeuter. Die Glieder der „Kommune" müssen um ihr reales Dasein kämpfen, die „Kommunen", d. h. ihre Leiter müssen sich auf den Herr-im-Hause-Standpunkt stellen. Der obigen Meldung der „J. T. A." fügt die „Jüdische Rundschau" in der angezogenen Notiz noch hinzu, daß der von der ganzen zionistischen Welt begeistert anerkannte Führer der zionistischen Weltorganisation, Prof Dr. Weizmann, einer Deputation der streikenden Lehrer einen Empfang verweigerte und nach Europa abreiste. Aber gerade die jüdischen Lehrer, die in Europa gewiß nicht auf Rosen gebettet waren, sind das treibende Element in der zionistischen Bewegung. Wenn sie um ihr kärgliches Dasein durch Kampf gegen den Zionismus ringen müssen, so hat dies seine wohlbegründete Berechtigung. Vom Standpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen, kann auch wieder den Brüsken ihr Betragen nicht verargt werden. In einer Klassengesellschaft gibt es eben keine Klassenharmonie.

Kommunismus kann nicht eine Nation zur Grundlage haben, sondern erst beginnen am Ende der Nationen. Auf den Trümmern der Nationen und der nationalen Ideologie erst beginnt kommunistisches Werden. Kommunismus beginnt nicht am Anfang, sondern am Ende der Nation und ist nur denkbar auf einem ganz abgeschlossenen großen Wirtschaftsgebiet, das unabhängig ist von der Rohstoff- und Produktionsmittelindustrie. In Palästina beginnt sich trotz alles Gemeinschaftswollens Kapital zu bilden und dadurch Klassen und Klassengegensätze. Diese können nicht überbrückt, sondern nur überwunden werden. Erst in der Klassengesellschaft, in dem neugeschaffenen Kapitalismus werden die Kräfte geboren und herangezogen, die diesen überwinden können. Schon der Beginn der palästinensischen Wirtschaft lehrt den zionistischen Nationalkommunisten den Klassenkampf. Die größer werdenden Widersprüche werden sie erkennen lehren, daß ihr Ziel nur durch die Revolution errungen werden kann.

Die K.P.D. ist um Kanonen nicht verlegen

Von einem Genossen aus Kiel erhalten wir folgende interessante Sache:

Das alle großen Parteien auf Massenfang ausgehen ist schon eine alte Sache, die früher Bauernlegen oder Bauernfang betitelt wurde. Die KPD. muß natürlich als Massenpartei, mit dem Prinzip: „Die Hauptsache sind die Massen, Massen als Mittel zum Zweck, als Werkzeug, unter der Parole der 3. Internationale „Ran an die Massen!", um die Mittel, die Massen zu interessieren auch nicht verlegen sein. Der Zweck heiligt die Mittel, und auf eine Notlüge mehr oder weniger kommt es dabei auch nicht an — korrumpiert wird man ja einmal doch. Ein altes Mittel ist es, mit Autoritäten, mit Kanonen, — auch wenn es ein paar goldene Sowjetrubel kostet, — die Massen zu locken. Wenn nun keine solche Kanonen mehr am Lager sind, die Autorität schon so stark abgewaschen ist, daß sie nicht mehr zieht, dann geht man über die Grenze und holt aus dem Lande Nirgendwo eine neue, oder neu aufgefrischte Kanone. (Früher wurde deutsche Ware zum Schein im deutschen Hafen als Exportgut ins Ausland verladen, im ausländischen Freihafen im deutschen Hafen mit fremden Stempeln versehen, und dann wieder als Auslandsware eingeführt.)

Also ein KPD.-Genosse plaudert unsern Genossen folgendes Geheimnis aus: In Kiel, in einer Kundgebung der KPD., sprachen u. a. ein Engländer und ein Franzose. Nun, da man diese beiden Kanonen bei Licht betrachtet, kann man folgendes entdecken: „Der Franzose ist der Erwerbslose von Beruf, Andree, — und der Engländer ist der bekannte Walter, vom Seemannsbund.

Man ist um Kanonen nicht verlegen.

Ausland

Skandinavischer Brief

Verrat auf der ganzen Linie.

Die Hauptursache für die Vergröberung des Nock-outs liegt im Verhalten des Verbandes der Arbeitsmänner, der etwa 80 000 Arbeiter umfaßt. In den letzten Jahren hat der D. s. F. (Dänischer Gewerkschaftsbund) eine Politik des Fachegoismus getrieben, dem die ungelernten Arbeiter zum Opfer gefallen sind. Deren Löhne sind 35 bis 50 v. H. niedriger wie die der gelernten Arbeiter. Da bei einem Streik der Arbeiter die gelernten Arbeiter nicht im Stande sind, zu arbeiten, hat der Arbeitgeber-Verband mit offener Unterstützung des D. s. F. die ungelernten Arbeiter allemal auf die Knie gezwungen. Als 1922 der Verband der Arbeitsmänner gegen die Politik des Fachegoismus opponierte, indem dieser den Streik nach beendeter Aussperrung für die gelernten Arbeiter, die sich dem Schiedsspruch des staatlichen Schlichters unterwarfen, selbst erklärte, entzog der D. s. F. den Arbeitsmännern die Unterstützung der nationalen und internationalen Organisationen. Der Verband der Arbeitsmänner, auf sich allein angewiesen, konnte den Streik nicht durchführen und mußte ebenfalls zu Kreuze kriechen.

Nun soll sich dieses Spiel von 1922 wiederholen. Lyngsie, Führer der Arbeitsmänner, hat sich vorgenommen, den Kampf für Verbesserung der Löhne der Arbeitsmänner bis aufs Messer zu führen. Er hat die Einberufung einer internationalen Transportarbeiter-Konferenz zwecks Durchführung einer internationalen Aktion versucht. Hierbei ist er auf den Widerstand der politischen Interessen der Sozialdemokraten, die im Interesse der sozialdemokratischen „Arbeiter"-Regierung Stauning den Kampf schnellmöglichst aus der Welt geschafft wissen wollen, gestoßen. Die Konferenz fand statt in Stockholm. Vertreten waren Finnen-Holland, Norwegen, Schweden, Lyngsie-Dänemark. Die Sabotage dieser Konferenz war offensichtlich. Deutschland, England u. a. waren nicht vertreten, der Grund dafür leicht erkennbar. An ersten Tage der Beratung erhielt Lyngsie ein Telegramm aus Kopenhagen, sofort zurückkehren, ohne zu erfahren, wer Absender des Telegramms war.

Am 28. April waren die Repräsentanten des D. s. F. (Dänischen Gewerkschaftsbundes) versammelt. Hier ist es zum offenen Bruch zwischen Lyngsie (Arbeitsmänner) und den übrigen Gewerkschaftsvertretern gekommen. Lyngsie hat die Versammlung verlassen und droht mit Austritt aus dem D. s. F. mit seinen 80 000 Mann. Die Arbeitsmänner, allein auf sich gestellt, können selbstverständlich den Kampf nicht lange aushalten, denn alle Gelder des Auslandes gehen durch die Hände des Vorsitzenden des D. s. F. und dieser, F. C. Madsen, ist der Reaktionärste innerhalb der Gewerkschafts- und Parteibesitzer. Anlaß zum Bruche ist: In der letzten Woche hat M. geheime Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband und den Schiedsrichtern gepflogen. Lyngsie verlangte Aufklärungen hierüber, die M. zu geben verweigerte. Jemand, der von diesen Verhandlungen Wind erhalten hatte und Verrat witterte, hat wohl Lyngsie ein Telegramm nach Stockholm gesandt und daraufhin ist diese Stockholmer Konferenz so eilig und resultatlos auseinandergeflogen.

Die bürgerlichen Blätter sind, nachdem diese tagtäglich den Arbeitern Dänemarks von Vergleich und Volksinteressen usw. vorschwafelten, um in ihren Reihen Verwirrung zu säen über den entstandenen Streit der Bonzen, ernsthaft erschreckt und wittern Gefahr, daß an dem Widerstande der Arbeitsmänner vielleicht die Unterwerfung der Arbeiter unter das Diktat des Arbeitgeber-Verbandes scheitern könnte. Nun hat Lyngsie außer dem Widerstande innerhalb der D. s. F. im engeren Vorstande seines Verbandes heftige Gegner, die F. C. Madsen in die Hände arbeiten. Lyngsie hat die Repräsentanten seines Verbandes innerhalb der Provinz nach Kopenhagen zu einer Konferenz einberufen. Auch die Repräsentanten des D. s. F. sind zu einer Konferenz zusammengerufen und das ausgerechnet zwei Tage vor Abhaltung der Generalversammlung des D. s. F., wo zum Teil die Arbeiter selbst Stellung zum Konflikt nehmen werden. Man will also die Generalversammlung des D. s. F. durch einen fertigen Beschluß der Repräsentantenversammlung, also einer Versammlung von lauter Gewerkschaftsbürokraten, überraschen und vor fertige Tatsachen stellen.

Der Kampf wird sich mit Sicherheit noch eine zeitlang hinziehen, doch ist dessen Ausgang schon längst entschieden.

Verrat! Der Verrat triumphiert erneut!

Ungeheuere Kampfenergien werden den Interessen einer verabscheuungswürdigen Kaste von Verrätern geopfert. Ungeheuere ideologische Kampfwerte verschwendet. Ein widerliches Bild von Fäulnis und Korruption wird offenbar.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Achtung! Bezirksführer und Arb.-Ausschuß-Mitglieder.

Die nächste Sitzung der Berliner Zentrale am Dienstag, den 19. Mai fällt aus, dafür findet am Mittwoch, den 20. Mai eine Funktionär-Versammlung gemeinsam mit der Union bei Boeker, Weberstraße, statt. Alle Bezirksführer haben zu erscheinen. — Die Sitzung des Arbeits-Ausschusses findet nicht am Mittwoch, den 20. Mai, sondern am Freitag, den 22. Mai statt.

17. Bezirk (Lichtenberg) der AAU. Die nächste Bezirksmitglieder-Versammlung findet am Freitag, den 22. Mai 1925, abends 7½ Uhr, im Lokal Pickenhagen, Scharnweberstr. 60, statt. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Genossen! Haltet Eure Zeitung hoch! Sammelt für den Pressefond!

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Isadonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 39

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Der imperialistische Krieg

in Marokko

Immer noch tobt der Krieg in Marokko. Die französischen Kapitalisten versuchen mit allen Mitteln der modernen Kriegstechnik der Lage Herr zu werden. Es scheint jedoch noch keine wesentliche Aenderung eingetreten zu sein. Die Riffkabylen unterstehen einer guten militärischen Leitung, und sind ebenfalls mit den besten modernen Kriegswaffen ausgerüstet. Sie haben den französischen Truppen, die noch immer verstärkt werden, schon große Verluste zugefügt. Wie aus verschiedenen Berichten zu ersehen ist, wird dieser Kriegszustand sehr kritisch aufgefaßt.

Dieser Krieg wird von einer Republik geführt, in der ebenso wie hier in Deutschland, die sogenannten Linken an der Regierung sind. Wir sehen hieraus, daß nicht die Staatsverwaltung, sondern das kapitalistische Staatsgetriebe in den imperialistischen Manövern den Ton angibt. Im Interesse des französischen Kapitals, nicht im Interesse der Demokratie in Frankreich liegt es, diesen Krieg zu führen. Der Krieg wird auch nicht gegen einen Aufstand der Riffkabylen um ihre Freiheit von den Ketten der kapitalistischen Ausbeutung geführt, sondern es ist der Krieg zwischen zwei kapitalistischen Interessengruppen. Nie wird die besitzlose Klasse in den Besitz dieser modernen Kriegsrüstung kommen. Das Kapital wird mit allen Mitteln unterbinden, daß sich an irgend einem Ort die Unterdrückten gegen die herrschende Klasse erheben.

Hinter den Riffkabylen stehen bestimmte kapitalistische Interessenkreise, die sich mit dem wirtschaftlichen Umwälzungsprozeß im Orient entwickelt haben, und die den Kampf um ihre Unabhängigkeit aus dem Kolonialsystem, um die Herrschaft um diese Gebiete führen. Die Entwicklung des Kapitalismus hat sie entfaltet, und zwar zu einer ganz besonderen Macht, und nun führen sie den Kampf mit den alten Weltmächten. Das französische Kapital sieht seine Kolonialmacht gefährdet, sieht sich seiner Herrscherrolle beraubt, das muß in bezug auf die Weltkrise, die Krise Frankreichs und die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft mit aller Macht unterdrückt werden. Aus diesem Grunde ist zu verstehen, daß Frankreich, das sich hauptsächlich auf diese Kolonien stützt, die ihm auch einen glänzenden Stützpunkt am Mittelmeer bieten, sich zu den schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen entschlossen hat. Es führt in Marokko schon seit 1907 diesen Krieg gegen die Selbstherrschaft seiner Kolonien.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat gegen diesen Krieg eine Protestkundgebung erlassen, in der sie sich für die Riffbewohner aussprechen. Dieser Aufruf hat nichts im Interesse des proletarischen Klassenkampfes zu tun, sondern er zeigt ganz die Linie der KP. Es kann sich für das Proletariat nicht darum handeln, sich für eine unterdrückte Nation einzusetzen, sondern für das internationale Proletariat. Die deutsche Sozialdemokratie setzte sich aus dem selben Grunde 1914 für den Krieg gegen die Entente, für die Kriegskredite ein. Das deutsche Proletariat führte als Werkzeug des deutschen Kapitals die Waffen gegen das französische Proletariat als Werkzeug jenes Kapitals. Ebenso ist es in diesem Falle. Das Proletariat ist in den Händen des Kapitals immer Werkzeug und Kanonenfutter.

Unsere Aufgabe ist es, jedem Krieg den internationalen Klassenkampf entgegenzusetzen.

Dorsfeld, die neue Schlachtbank der Bergsklaven

Die Reihe der Bergwerkskatastrophen reißt nicht ab. Hannibal, Minister Stein, Mathias Stinnes und nun schon wieder in Dorstfeld. Die ungeheure Ausbeutung, die neuen Treibersysteme, treiben die Proletarier in den Bergwerken rücksichtslos auf die Schlachtbank. Menschenmaterial ist zum Kampf mit Kohle geworden, davon ist genügend vorhanden, denn tagtäglich werden neue dem Ueberfluß an Arbeitslosen zugereiht.

150 Arbeiter haben am 16. Mai auf der Grube Dorstfeld, Schacht 1—5, ihre Kündigung erhalten und werden am 1. Juni arbeitslos.

Da kommt es auf 50 Mann mehr oder weniger nicht an, die um so früher auf den Friedhof wandern. Ersatz ist immer vorhanden.

Die Zahl der Toten bei dem letzten Grubenunglück am 16. Mai beträgt 45, von denen 43 geborgen sind, die Zahl der Verletzten 25. Die Ursache der Katastrophe ist in der Entzündung des Hauptsprengstofflagers zu suchen, in dem 1050 Kilogramm Sprengstoff aufbewahrt wurden. Die Explosion hat die in der Nähe liegenden Strecken und ferner hauptsächlich die erste Steigerabteilung betroffen, wo 34 Mann umkamen. Die Fortpflanzung der Explosion ist durch die Gesteinstaubstreuung aufgehalten worden. Der Unfallausschuß der Grubensicherheitskolonne ist mit Behördenvertretern eingefahren. Die Untersuchung ist im Gange und erstreckt sich hauptsächlich auf die Ursache der Entzündung des Sprengstofflagers.

Die Beerdigung der Opfer der Dorstfelder Katastrophe findet am Mittwoch, den 20. Mai statt.

Mit ihnen werden wieder die neuen Beweise der Ausbeutung der Proletarier in der modernen Lohnsklaverei vor der gesamten Arbeiterklasse aufgehabt. Das Prinzip des Kapitals, Einschränkung der Arbeiter, Steigerung des Profits, brennt seine Siegel in das Fleisch der Proleten. Doch sie merken nichts, sie bleiben stumm und geduldig Werkzeuge der kapitalistischen Profitwirtschaft. Die Krise treibt die Kapitalisten zu immer schärferen Maßnahmen, doch die Arbeiter warten auf das Heil der Gewerkschaften. Diese stellen der Regierung als Antwort auf das neue Unglück den Antrag auf die Ermöglichung der Mehrleistung im Ruhrbergbau durch Kreditunterstützung etc., um die Konkurrenzfähigkeit wieder zu schaffen. Und die KPD. gebärdet sich mal wieder etwas radikaler im Anträgestellen. Sie fragt an:

„1. Ist die Regierung endlich gewillt, strenge Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle zu treffen?

2. Was gedenkt die Regierung überhaupt zu tun, zur Beseitigung des mörderischen Prämien- und Antreibersystems?"

Wir müssen den Proletarier sagen, nie wird ein Staat oder eine Regierung das eigene System bekämpfen, und nie wird die kapitalistische Macht in ihrem System Eingriffe billigen, es sei denn, das Proletariat zertrümmere dies System, dann wird auch jede Vorsichtsmaßnahme im Interesse des Arbeiters Geltung haben. Noch ist der Proletarier nur Werkzeug. Mensch wird er erst durch die Eroberung seiner Macht.

Zölle, der letzte Rettungsanker

Berlin, den 19. Mai.

Der Entwurf für den neuen Zolltarif ist heute der Oeffentlichkeit übergeben. Er ist der Regierung zur Beratung übergeben, um so schnell wie möglich darüber zum Abschluß zu kommen und die Zölle schon am 1. August gesetzkräftig zu machen.

Der Tarif umfaßt 945 Tarifnummern, er belegt fast sämtliche Waren mit ungeheuren Zollasten.

Es ist der letzte Versuch, das Krisendilemma durch Selbstentziehung zu überwinden.

Wir kommen in der nächsten Nummer der „KAZ." näher darauf zurück.

Die Ueberreichung der Entwaffnungsnote

London, 18. Mai. (WTB.) Wie Reuter erfährt, könne angenommen werden, daß die Note der Alliierten in der Frage der Entwaffnung Deutschlands im Laufe dieser Woche in Berlin überreicht wird.

Die französische Antwortnote an Deutschland auf die letzten deutschen Vorschläge für einen Sicherheitspakt, die der britischen Regierung bereits mitgeteilt ist, wird aller Wahrscheinlichkeit nach dem britischen Kabinett in seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Um die Lösung des Weltpolitischen Dilemmas

Die Frage des Sicherheitspaktes erreicht nun immer mehr seinen Höhepunkt. Sie muß sich unbedingt mit gesteigerter Spannung zu einem Endergebnis entwickeln, denn die Lage des Weltmarktes drängt zu einer Lösung der internationalen Handelsbeziehungen, um eine Entscheidung über die Weltkrise zu finden. Die Zollpolitik der einzelnen Staaten nimmt immer kritischere Formen an, und verwickelt die wirtschaftlichen Verhältnisse der Staaten in immer größere Widersprüche. Jeder Staat sucht sich vor der Ueberfremdung durch ausländische Kapitalien und Produkte zu schützen. Dadurch entsteht, jeder Staat, der seine Wirtschaft zum größten Teil auf Export eingestellt hatte, es sind das fast alle Staaten, schnürt sich die Grundlage seiner Produktion ab.

Die Kolonialpolitik, die im Export und überhaupt im gesamten Welthandel der einzelnen großimperialistischen Staaten, eine große Rolle spielte, ist durch den industriellen Umwälzungsprozeß der Weltwirtschaft zum großen Teil in dem alten Verhältnis auch unterbunden. Die sich entwickelnden Kolonialkriege, u. a. auch der augenblickliche Marokkokrieg Frankreichs, die um die imperialistische Beherrschung dieser Gebiete, im Interesse der zukünftigen Weltmachtentwicklung geführt werden, beweisen diesen weltwirtschaftlichen und politischen Entwicklungsgang.

Deutschland

spielt in den Fragen der Weltpolitik, durch seine Stellung infolge des Kriegsausganges und durch sein Verhältnis in der Weltkrise, augenblicklich wieder eine Hauptrolle. Diese Rolle ist bestimmt durch seine industriellen, seine wirtschafts- und handelspolitischen Eigenschaften, die sich auf den Weltkapitalismus auswirken. Die Versuche des Kapitals, die Weltkrise zu lösen, können nur unternommen werden, wenn man die Hauptkräfte der Weltwirtschaft, die Staaten, die für den Export und Import, für die Realisierung des Warenumsatzes auf dem Weltmarkt in Frage kommen, wirtschaftlich am Leben erhält. Noch dazu, daß es sich in Deutschland um den Schuldnerstaat handelt, den man für die Wirkungen des Krieges, für die Vernichtung der Wirtschaft der einzelnen Gläubigerstaaten verantwortlich machen will. Darum ist eine der Hauptfragen, unter denen man an Deutschland herantritt, die Reparationsfrage, die Frage des Dawes-Paktes.

Ueber dies stellt Deutschland in der neuzeitlichen Entwicklung des Weltimperialismus auch eine Hauptfrage da. Es bildet in seiner mitteleuropäischen Lage den Brennpunkt zwischen den Osten und den westimperialistischen Mächten. In den Fragen der Sicherheitsverhandlungen, die den Versuch der neuen Lösung der Weltkrise vorstellen, ist dies die Hauptfrage. Es ist die Frage, ob sich Deutschland nach dem Osten oder nach dem Westen orientieren wird.

Der Außenminister Stresemann versuchte am Montag, den 18. Mai, die klägliche Rolle Deutschlands in dieser Frage aufzuziehen. Es sollte seine Aufgabe sein, den Beweis zu liefern, daß mit der Kandidatur Hindenburgs, unter dem neuen Reichspräsidenten, sich an dem Kurs der deutschen Wirtschaftspolitik, die auch unter Ebert vom Kapital ausging, nichts geändert hat. Hindenburg wird nur die Entwicklung des deutschen Großkapitals, die die Sozialdemokratie unter der Aera Eberts eingeleitet und geschützt hat, mit seinem Namen decken. Die Entwicklung der Bedingungen, die der Versailler Vertrag, die die Londoner Konferenz Deutschland auferlegt hat, wird sich in der Linie der Wiederaufbauversuche des internationalen Kapitals vollziehen. Die Frage der Sicherheit und der Aufnahme in den Völkerbund wird auch in gleicher Weise von den deutschen großkapitalistischen Bestrebungen im Interesse des Profits abhängen. Stresemann sagt darüber folgendes:

„Nach unserer Auffassung gehört nicht nur eine vertragliche Regelung von Regierung zu Regierung, sondern darüber hinaus eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Industrien zu den wichtigsten Voraussetzungen einer dauernden Befriedung Europas. Die Reichsregierung wird allen Bestrebungen in dieser Richtung die eifrigste Förderung angedeihen lassen."

Eine Streitfrage zwischen den deutschen und den französischen Großindustriellen ist noch die, wer in den in Frage kommenden Hauptindustriegebieten im Rheinland und in Polnisch-Oberschlesien, die Hauptverwalterrolle spielt, unter wessen militärischem Schutz diese Gebiete stehen, oder wie ihre Neutralisierung zum Schein geregelt werden soll.

Deutschland steht unter einer inoffiziellen Anklage wegen Nichterfüllung der Entwaffnungsfragen, während Stresemann feststellt, daß es den Bedingungen (der Ausbeutung seiner Proletarier) nach dem Dawes-Abkommen voll und ganz nachgekommen ist. Frankreich zieht den Augenblick der Industrievereinigung noch dadurch in die Länge, daß es die Rheinlande über die vertragliche Frist hinaus besetzt hält. Der Entwurf der Antwortnote auf den Vorschlag Deutschlands zum Sicherheitspakt ist nun fertiggestellt, und alles wartet auf seine Veröffentlichung durch die französische Regierung.

*

Der Gesichtswinkel, unter dem sich dieze ganze Entwicklung vollzieht, ist die Frage der kapitalistischen, imperialistischen Vormachtstellung der westeuropäischen Mächte gegenüber Amerika und dem Osten.

Amerika, das seine kapitalistischen Arme über die ganze Welt ausstreckt, das den Versuch macht, mit seinen Produkten den ganzen Weltmarkt zu überflügeln. Alle Staaten stehen in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu Amerika, denn es ist zum Teil der Gläubiger der ganzen Welt. Das ungeheuere militärische Rüsten trotz des Geschreies nach Weltfrieden, interessiert die andern Staaten zu Gegenmaßnahmen.

Der Osten, der ein Teil der zukünftigen Weltentwicklung, der Interessen der Welteroberung für den Gesamtkapitalismus darstellt, schließt sich wirtschaftlich und politisch immer enger zusammen. Rußland, das an Größe und an Entwicklungsmöglichkeiten alle anderen europäischen Staaten erdrückt, bildet nach wie vor eine große Interessenfrage nicht nur Deutschlands, sondern der gesamten westeuropäischen Weltmächte. Gesteigert wird dies Interesse noch durch die staatspolitischen Bestrebungen Rußlands nach dem Osten. Durch die wirtschaftlichen und politischen Bündnisse mit China und Japan tritt die Wirtschaftsmacht des Ostens wieder deutlicher in Erscheinung. Deutschland hängt in diesem Verhältnis durch den Rapollo-Vertrag in einer Zwickmühle. Mit der Entente möchte es paktieren, um seine Reparationsfrage zu lösen, um sich wieder zu einer großimperialistischen Macht entwickeln zu können, und nach Rußlands Größe und Entwicklungsmöglichkeit, nach seinen Absatzmärkten schielt es auch. Welchen Weg soll es einschlagen, um eher zum Ziele zu kommen? Der Weg der koalisierenden Mitte erscheint ihm mit der Zeit gefährlich. Sehr deutlich bringt dies Paul Leusch in seinem Artikel „Auswärtige Politik" am Sonntag, den 17. Mai, zum Ausdruck.

Rußland

erscheint in diesem ganzen Spiel wieder einmal mit der Wirklichkeit seiner staatspolitischen Verhältnisse.

Rußland muß unbedingt den Versuch machen, die Beziehungen mit Deutschland aufrecht zu erhalten. Es muß immer mehr zum Ausdruck bringen, daß es nicht den Willen hegt, die politische Staatsordnung der anderen Staaten durch putschistische, umstürzlerische Pläne zu gefährden. Die Stellung, die die 3. Internationale, das Sprachrohr der Moskauer Regierung, zu den letzten Prozessen, zu dem Terrorakt in Bulgarien, eingenommen, bringt dafür wieder mal den Beweis. Desgleich der neue Brandlerkurs der KPD. nach der Wahl Hindenburgs.

Die Bündnisse, die der Russische Staat im Osten geschlossen hat, haben nichts zu tun mit einer Erweiterung der internationalen Klassenfront des Proletariats gegen den Kapitalismus, sondern es ist ein kapitalistisches, imperialistisches Bündnis gegen die westeuropäischen Imperialisten. Rußlands Politik ist keine internationale, sondern rein russische Staatspolitik. Nach dieser Staatspolitik werden die einzelnen Sektionen der 3. Internationale einexerziert.

Die deutsche Sektion, die KPD., bringt das am Dienstag, den 19. Mai, in ihrem Leitartikel der „Roten Fahne":

„Unter England — oder mit Sowjetrußland?"

wieder einmal zum Ausdruck. Sie schreibt darin u. a.:

„Wir werden der Reichsregierung Hindenburg die klare Antwort in diesen Fragen nicht schenken. Wir werden es nicht dulden, daß die unterwürfigste Erfüllungspolitik mit chauvinistischen Phrasen verbrämt wird, daß das **Deutsche Volk** nach seiner wirtschaftlichen Auslieferung durch den Dawes-Pakt nunmehr durch das Garantiepakt-Angebot und den Eintritt in den Völkerbund unter der Hand auch politisch und militärisch verschachert wird.

Deutschland muß tatsächlich wählen, ob es auf der Seite des englischen Imperialismus als dessen Büttel gegen die Sowjet-Union, oder mit der Sowjet-Union gegen die englischen Räuber und ihre Verbündeten stehen will."

*

Mit allen Mitteln versucht die ganze kapitalistische Welt sich aus den eigenen Widersprüchen, aus den selbstgewebten Fesseln der Krise zu befreien. Der Garantiepakt ist eines der jüngsten Mittel. Es wird nichts anderes bezwecken, als die imperialistischen Staaten der einzelnen Kontinente zusammenzufassen, um die kleineren zu erwürgen und aufzufressen, und dann evtl. einen neuen Krieg der einzelnen Kontinente heraufzubeschwören. In diesem Kampf spielt Rußland die Rolle, die jeder andere Staat der kapitalistischen Weltordnung im imperialistischen Krieg spielt.

Das Proletariat hat nicht als Vertreterin irgend eines Staates in diesem Falle Rußlands, aufzutreten. Es hat an diesen imperialistischen Auseinandersetzungen kein Interesse, weil es darin nur die Rolle des Kanonenfutters, des modernen Sklaven führt. Das Proletariat hat den internationalen Klassenkampf zu führen, und den Illusionen der 3. Internationale, der KPD. die Maske vom Gesicht zu reißen.

Gedenkt der Klassenkämpfer hinter den Kerkermauern!
Sammelt und zeichnet auf die Listen der
VRUK
Vereinigten Revolutionären Unterstützungs-Kommission

Genossen! Haltet Eure Zeitung hoch!
Sammelt für den Pressefond!

Wirtschaft

Die Reparations-Nuß

Das französische Kapital wehrt sich gegen die deutschen Reparationslieferungen, die auf Grund des Dawes-Abkommens erfolgen. Die Organisation der Unternehmer der metallverarbeitenden und verwandten Industrien des Rhonebezirks protestiert in einem Schreiben an den Präfekten gegen die Bestellungen in Deutschland, die auf Reparationskonto gemacht wurden. Es handelt sich um die in den wirtschaftlichen Monatsberichten für März und April im „Kampfruf" bereits erwähnten 4300 Waggons, um 2 Frachtdampfer, 2 Fahrzeuge für Madagaskar und um 2000 Tonnen Eisenbahnschienen, die überdies noch auf deutschen Schiffen (ebenfalls auf Reparationskonto) befördert werden sollen, und um 150 Kilometer Eisenbahnmaterial für Französisch-Zentralafrika. Schließlich sind noch Bestellungen auf Kabel und Draht für die Elektrifizierung der französischen Landwirtschaft gemacht. Das Schreiben setzt auseinander, in wie schwerer Weise die französische Metallindustrie durch die deutschen Reparationslieferungen geschädigt wird. Aehnliche Klagen kommen auch aus der Schuh-, der chemischen und anderen Industrien. Eine Anzahl Fabriken, die Eisenbahnmaterial herstellen, haben bereits eine Verminderung ihrer Belegschaften um 40—50 v. H. vorgenommen. Aus anderen Industriezweigen wird ebenfalls beginnender Arbeitsmangel gemeldet. Die Industriellen-Organisationen betonen ihr Verständnis für die „Bedeutung des Dawesabkommens für Deutschland", d. h. sie heißen es gut, wünschen aber, daß die Sachlieferungen „anders" geregelt werden möchten. Das französische Kapital huldigt dem jesuitischen Grundsatz: „Ich bitt' dich, heiliger Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an." Die deutsche Industrie möchte sich nach dem Wunsch der französischen andere Absatzgebiete suchen und den Reinertrag an sie abliefern.

Das Eintreten dieser Widersprüche haben wir bereits vor Jahren vorausgesagt. Wenn sie nicht schon früher und schärfer zutage traten, so lag dies daran, daß die französische Industrie bisher für den Wiederaufbau ihrer zerstörten Gebiete lieferte und sich an den, den deutschen Proletariern vorenthaltenen Löhne und abgeknöpften Steuern bereicherte.

Mit dem sich verschärfenden amerikanischen Konkurrenzkampf gegen die schwächeren europäischen Industrien muß sich das Dilemma, das sich jetzt in Frankreich anmeldet, notwendig vertiefen. Die Nuß, die es hier zu knacken gibt, wäre eine dankbare Aufgabe für die Kreise, die in der Person eines Reichspräsidenten einen Faktor sehen, das Wirtschaftsleben günstig zu beeinflussen. Die Mitläufer hinter den Deutschnationalen lebten bisher von den Illusionen, daß die Deutschnationale Volkspartei resp. ihr Hindenburg den Versailler „Schandvertrag" zertrümmern und aus der Ebertrepublik ein Eldorado machen würde. Ebenso wie die demokratischen Schäfchen ihr Glück aus der „Erfüllung" erhofften. Die Erfüller kommen im nächsten Jahre an die Reihe, wenn die baren Reparationsleistungen beginnen. Herr Hindenburg und sein Anhang würden beim französischen Kapital gewiß Anerkennung finden, wenn sie die Sachlieferungen ablehnen würden. Ob sie auch bei der deutschen Industrie und ihren Sklaven auf Verständnis stoßen würden? Die „Konjunktur" in Deutschland würde gewiß anders aussehen, wenn die deutschen Proletarier nicht durch den „Friedensvertrag" beglückt wären, und den größeren Teil ihres Arbeitsertrages an das französische und den kleineren an das deutsche Kapital abliefern dürften. Die Schadenfreude für die Erfüllungsdemokraten wird hier nur von kurzer Dauer sein, denn die Geschichte hat ihr Kehrseite. Die deutsche Kuliarbeit für die Reparationen drückt die Löhne für das Weltproletariat und trägt zu dessen Versklavung bei.

Krise, die Krankheit des Kapitalismus

Vor einiger Zeit stand im „Vorwärts" folgende Meldung, die an den Entwicklungsprozeß des kapitalistischen Systems anknüpft:

„Der thüringische Landtag beschäftigte sich mit der großen Krise in der Sonneberger Spielwarenindustrie, wo sich der fünfte Teil aller thüringischen Erwerbslosen befindet. Einer wirklich durchgreifenden Hilfe für die Erwerbslosen durch Schaffung von Arbeit hat der Landtag in seiner bürgerlichen Mehrheit nicht zugestimmt. Der Spielwarenindustrie will man nur durch Zuführung eines Kredits in Höhe von 3 Millionen mit ermäßigtem Zinsfuß helfen. Weiter soll nach Möglichkeit der Sonneberger Bezirk, dessen Spielwarenindustrie für den Export bedeutend verloren hat, mit neuen Industrien besiedelt werden."

Da, wo die Krise das Lebensfundament der kapitalistischen Getriebe angreift, wo ein bestimmter Industriezweig seine Profitbasis durch den internationalen Umwälzungsprozeß des Kapitals gefährdet sieht, muß der Staat die Hilfsmittel zur Realisierung der Profitrate zusteuern. Die Aufgabe des Staates tritt in diesen Zeiten am deutlichsten in Erscheinung. Es zeigt sich, daß der Staat und an der Spitze desselben das Parlament, das organisatorische Instrument zur Erhaltung der Profitwirtschaft ist, — wirtschaftlich und politisch. Seine Aufgabe ist es, den Produktionsprozeß so gut wie möglich zu stützen, und ihn vor imperialistischen und proletarisch revolutionären Angriffen zu schützen, Ruhe und Ordnung zu gewährleisten.

Die Sonneberger Spielwaren-Industrie, die sich in den Vorkriegsjahren nur durch die gemeinste Ausbeutung der Proletarier auf dem Weltmarkt aufrecht hielt, mußte durch die Art und Weise dieses Industriezweiges besonders stark in die Krise hineingerissen werden. Kaum wurden die geringen Löhne, die dieser Kapitalszweig verausgabte, übertroffen. Es war dadurch möglich, nicht nur im Inland einen großen Absatz zu erzielen, sondern auch einen großen Export zu treiben.

Die Krisenverhältnisse, die kaum die Produktion der allernotwendigsten Bedarfsgegenstände aufrecht erhalten lassen, mußten logischer Weise die Umsatzmöglichkeit der Spielwaren sehr beeinträchtigen. Das Proletariat hat sich die ungeheuere Ausbeutung auch nicht mehr in dem bisherigen Maßstabe bieten lassen. Auf Grund dieser Tatsachen, daß die Konsumtion sehr eingeschränkt wurde, ist die Produktion auf ein Nichts zurückgegangen. So wie die Deutschen Werke und zum Teil die rheinisch-westfälische Industrie an die Regierung, an den Staat wegen Unterstützung herantraten, so hat nun auch diese Industrie diesen Weg beschritten, und wie wir sehen, einen Kredit in der Höhe von 3 Millionen bekommen. Diese Kredite sind aber nur dazu in der Lage, der Industrie den Weg zur Vernichtung zu verlangsamen. Von einer Aufbesserung der Produktion kann keine Rede sein. Das sehen wir ja aus der Frage, die man den Erwerbslosen gegenüber eingenommen hat. Das Kapital erhält die Kredite, um den Versuch zu unternehmen, die Produktion den Verhältnissen entsprechend umzustellen. Es ist derselbe Versuch, der auch in den anderen mit großen Krediten beschenkten Industrien gemacht wurde, der in seiner internationalen Auswirkung die Krise nur verschärfen wird.

Es ist der Wiederbelebungsversuch, der sich auf dem Rücken der ausgebeuteten Proletariermassen vollzieht.

Die kapitalistische Zwickmühle

Die British Empire Steel Corporation in St. Johns (Kanada), die seit 5 Jahren mit bedeutend eingeschränktem Betrieb arbeitete, ist im Begriff, ihre Arbeiterzahl von 1600 auf 2400 zu erhöhen. Wie die englische Presse dazu meldet, hat das Werk bedeutende Stahlaufträge aus Deutschland bekommen, die hinreichen werden, den Betrieb mit dieser Belegschaftszahl für ein Jahr aufrechtzuerhalten.

Diese Stahlbestellung der deutschen Industrie bei englischen Werken in Kanada, ist kennzeichnend für die Leistungsunfähigkeit der deutschen Hüttenwerke. Die deutsche Montanindustrie ist notleidend und fast die Hälfte der deutschen Hochöfen sind außer Betrieb. Im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt setzt die deutsche Schwerindustrie die Preise sehr oft bis an die unterste Möglichkeitsgrenze im Bewerb um Auslandsaufträge. Oft werden Angebote unter den Herstellungskosten abgegeben, nur um die Betriebe für den deutschen Bedarf aufrechtzuerhalten. Die Verluste, oder der entgangene Profit wird dann auf die Produkte für den deutschen Inlandsmarkt aufgeschlagen. Diese Opportunitäts-Produktionspolitik ist einer der unlösbaren Widersprüche des Profitsystems. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Durch die notwendige Heraufschraubung der Inlandspreise wird die Stahl konsumierende Industrie dazu getrieben, ihre Rohstoffe und Halbzeugfabrikate im Auslande zu kaufen.

Die deutschen Stahlbestellungen in Kanada sind sicher zurückzuführen auf die französischen Bestellungen auf Reparationskonto (Waggons, Lokomotiven, Motorfahrzeuge, Schienen) in Deutschland, von denen wir in unseren wirtschaftlichen Monatsberichten von März und April im „Kampfruf" berichteten. Es kann sich hier nicht um Bestellungen amerikanischer Geldgeber handeln, sondern um Kassakäufe aus Deutschland. Denn aus Kanada hat die deutsche Industrie keine Kredite erhalten, und amerikanische Geldgeber würden die Aufträge doch vergeben, wo sie am billigsten hergestellt würden. Man bedenke die Unsinnigkeiten, in die sich das kapitalistische Produktionssystem notwendig verrennen muß: Die deutsche Industrie hat schon durch Preisunterbietung nach Kanada geliefert, die kanadische unterbietet wieder die deutsche Industrie in Deutschland! Die Transportkosten um die halbe Erdkugel und die Kosten des Konkurrenzkampfes sind verschwendete Arbeitskraft und verschwendeter Arbeitsertrag, der dem Proletariat vorenthalten wurde. Der Kapitalismus selbst aber verpulvert Kapitalien, die zu jenen Zeiten, als die Welt noch nicht aufgeteilt war, akkumuliert wurden. Der bürgerliche Wirtschaftstheoretiker sieht in der stärkeren Beschäftigung der kanadischen Hütten- und Halbzeugindustrie, wie durch die vermehrte Beschäftigung der Schiffahrt, eine „Gesundung der Wirtschaft". In Wirklichkeit sind es Krankheitssymptome des sich zerreibenden Kapitalismus. Unsinnig sind diese Transaktionen indes nur vom Standpunkt der marxistischen Wirtschaftstheorie. Für den Kapitalismus sind sie nicht nur Folge, sondern auch Voraussetzung seines Bestehens.

Thomas Münzer und seine Rolle im großen Bauernkrieg

(Fortsetzung.)

II.

Der Chiliasmus (Lehre vom tausendjährigen Reich).

Fürsten, Pfaffen und Kapitalisten haben einem Klassengegner freiwillig noch niemals eine Zusage gehalten. Der Betrug, die Erreichung ihres Zieles mit allen Mitteln war ihnen stets Maxime. Das demagogische Gerede von Gleichheit, Gerechtigkeit und allgemeiner Menschenliebe floß den Herrschaften und ihren zungengewaltigen Knechten so leicht vom Munde, daß das niedere Volk sich recht wohl in ein demokratisches Gottesreich hineinträumen konnte, sobald es nur vor der Lebenspraxis mit ihren schreienden Gegensätzen die Augen schloß. Wer will also leugnen, daß den demagogischen Allüren, die den Ausbeutern stets zur zweiten Natur werden, ein Hauptanteil an der Bildung der Vorstellung vom Himmel auf Erden gebührt, an der Erwartung des tausendjährigen Reiches Christi, wie es die Offenbarung Johannes verhieß. Wenigstens ist der Ursprung des chiliastisch-kommunistischen Gedankens nicht unten, sondern oben zu suchen. Tausendfach bis in die Gegenwart, wurde den unteren Klassen die Fata Morgana einer künftigen idealen Gesellschaftsordnung vorgespiegelt, die durch Hilfe eines gottgesandten Wesens, eines Messias aus göttlichem Stamme, sollte geschaffen werden. Man suchte die unteren Klassen zu narren und abzulenken vom Wege des Kampfes für die eigenen Interessen, indem man sich hinter ein unsichtbares, übersinnliches Wesen verschanzte, das allmächtig genug war, um alle Träume wahr zu machen. Selbst wenn das Proletariat sieht, daß es geäfft wird, und es sich auf den Weg des Kampfes zurückfindet, so schwebt ihm doch oft als viel zu nahe scheinendes Ziel die überschwengliche Herrlichkeit des neuen Reiches kommunistischer Gleichheit vor. Nicht anders wurde auch das Volk zu Thomas Münzers Zeiten genarrt. Die kriegerische Haltung des Wiedertäufertums, die seinerzeit in der Stadt Münster ihre Hochburg und ihren revolutionären Wellenberg fand, erlag später gänzlich der friedlichen Richtung Menno Simons, die den Zeitverhältnissen besser angepaßt war. Gegen diese Verhältnisse vermochte auch die revolutionäre Energie eines Thomas Münzer nichts.

Bei Thomas Münzer verbarg sich, schon ein Jahrzehnt vor dem Aufflammen des Kommunismus in Münster, die stärkste kommunistische Glut mit einem durchdringenden Wirklichkeitssinn, die ihn den Weg des Klassenkampfes auf Leben und Tod gehen hießen. Nur waren die Schichten, auf welche er notgedrungen sich stützte, für einen solchen Kampf nur zum geringen Teil entwickelt. Wie Marx die Theorie des Sozialismus mit der Praxis der Arbeiterbewegung vereinigte, und den Sozialismus damit von der Utopie zur Wissenschaft führte, so suchte Münzer den Kommunismus seinerzeit, der das Heil von oben erwartete, im Wege des Bauern- und Proletarieraufstandes ins Reale umzusetzen. Zur Zeit des Bauernkrieges schmolz der zum Himmel starrende Chiliasmus vor dem rauhen Atem der großen sozialen Raubtiere fast dahin, ohne seinen entnervenden Einfluß jedoch ganz zu verlieren. Jeder Chiliasmus ist ein Kommunismus, der sein Reich der Gleichheit und Brüderlichkeit unter Abwendung von den weltlichen Mächten aufrichten will. Er erwartet die Hilfe dazu von einer übersinnlichen Instanz, die von dem arglistigen Ausbeutertum stets geschickt als bergende Kulisse gebraucht wird. Der Chiliasmus des Mittelalters suchte die verheißende Gottesherrschaft ernstlich zu verwirklichen und verstand die Gleichheit der Kinder Gottes als Gleichheit in bezug auf das Eigentum, als Kommunismus der Konsumtionsmittel, als ein „Teilen", das sich im kleinen Rahmen manchmal ohne besondere Schwierigkeit durchführen ließ. Der Gedanke einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die allein einen kommunistischen Dauerzustand schafft, konnte bei der damaligen Entwicklungshöhe der Produktionsmittel von der damaligen Gesellschaft noch nicht gedacht werden.

Die Opposition gegen den weltlichen Staat, ein charakteristisches Merkmal des chiliastischen Kommunismus jener Zeit, spricht sich am deutlichsten in der Ablehnung der Kindertaufe aus, in dem Protest gegen die frühzeitige und grundsätzliche Beschlagnahme des jungen Menschenkindes als eines Ausbeutungsobjektes durch Kirche und Staat. Die Kirche rechtfertigt die Kindertaufe durch die Lehre von der Erbsünde. Die Wiedertäufer lehrten andererseits, daß der Mensch von Natur gut sei. Die Taufe sei deshalb erst im Erwachsenenalter, in welchem der Mensch als selbständiges, aus freiem Entschluß handelndes Wesen galt, zuzulassen. Die Auflehnung gegen das Dogma der Kirche steigerte das Selbstgefühl, umsomehr, als die kirchliche Hierarchie wie auch das starre, zunftbürgerliche Wesen durch das Eindringen des Handels und der kapitalistischen Produktion mehr und mehr zersetzt wurden. Die neue Zeit entwickelte einen kräftigen Individualismus und Subjektivismus. Damit verband sich leicht ein gewisser Heroenkult. Die für die neue Lehre gefallenen Blutzeugen konnten unmöglich mit ihrem Tode ins leere Nichts versinken, ohne die heißumkämpfte messianische Herrlichkeit gesehen zu haben. So mußte der Unsterblichkeitsgedanke neu aufleuchten, war doch Gott allzu gegenwärtig im Menschen, als daß dieser gänzlich zu sterben vermochte.

So predigte auch Thomas Münzer mit dem „Endkampf" zugleich die Gegenwart Gottes im Menschen, die mystische „Vergottung" des fleischlichen, irdischen Lebens. Auch wo die Mystik jener Zeit sich nicht zu kriegerischer Größe erhob, suchte der Mensch doch seinen Gott nicht in überweltlichen Regionen, sondern er zog sich vor den herrschenden Gewalten trotzig in sein eigenes Innere zurück. Thomas Münzer verachtete die Bibel, soweit sie nicht durch innere Offenbarung gestützt wurde. Seine prophetische Art vertrug sich jedoch nicht mit irgendwelcher Passivität. Er schaute klaren Blickes in die Gegenwart. Er betont: „Alle Propheten haben die Weise zu reden: dies sagt der Herr; sie sprechen nicht: dies hat er gesagt. — Bei alledem beruft Münzer sich nicht auf den großen Pazifisten, sondern auf den revolutionären Christus. Er höhnt über die „gedichtete Güte" des Pazifismus seiner Zeit, zu dem sich Luther entwickelte. Den Luther meint er in den Worten: „Die Christen sind, die Wahrheit zu verteidigen, geschickt gleich wie die Memmen." Die Herren und Fürsten sind ihm die Böewichter der Schrift. Wenn er das Gute im Menschen anerkennt, so versteht er „Mensch" dabei im demokratischen Sinne, unter Ausschluß der Räuber von Gottes Gnaden.

Die Idee der „Brüderlichkeit" artet bei Münzer nicht in schwächlichen Pazifismus aus. Wir sahen schon, daß er auch die Idee der „Freiheit" nicht nur als Befreiung von der päpstlichen Hierarchie auffaßte, sondern daß er stets auf den Klassenkampf in allen Konsequenzen hinzielte. Das bewahrte ihn vor manchem Extrem, in welches gewisse Richtungen der Wiedertäufer verfielen. Die natürliche Enthaltsamkeit des Kämpfers artete bei ihm nicht zur übertriebenen strengen Askese aus. Die Feindschaft gegen die kirchliche Gelehrsamkeit wurde bei Münzer nicht zum Kultus der geistlichen Armut. Er trieb die Gleichheit nicht bis zur Weibergemeinschaft, und die Berufung auf die Schrift nicht bis zur evangelischen Buchstabengläubigkeit.

Es ist wahr, daß die religiöse Hülle seiner Rhetorik den Klassencharakter der kommunistischen Bewegung für unser heutiges Auge bis zu einem gewissen Grade verdeckt. Aber seine Zeitgenossen verstanden ihn nur zu sehr. Das der Kommunismus damals in der Sprache der Bibel redete, hat seinen natürlichen Grund darin, daß die ihn angreifenden Gegner ihre Argumente ebenfalls aus der Theologie schöpften, daß die Kirche die Wortführerin im Kampfe gegen das niedere, der Ausbeutung müde Volk war. Es gab der armen Pfarrer und Mönche genug, die, von der revolutionären Bewegung erfaßt, ihre theologische Schulung bezeugten, indem sie die eigene Lehrmeisterin, die Kirche, verprügelten. Sie wiesen nach, daß die Vertreter Gottes auf Erden das reine Wort und Wesen Gottes entstellt hätten, daß die entartete Kirche am Urchristentum zu genesen habe. Die Flucht in die „gute alte Zeit" war aber nur die ideologische Reaktion gegen das wüste, erpresserische Treiben der klerikalen Würdenträger. Man schuf sich ein Urchristentum, wie es den Verhältnissen der unterdrückten Klassen entsprach, um aus diesem Arsenal die Waffen gegen das kirchliche und fürstliche Ausbeutertum zu entnehmen. Es gab nunmehr nur einen Glauben, ein Evangelium, die die allein richtigen waren, weshalb auch Münzer seine Feinde, die Fürsten, einfach als ungläubig titulierte. Das dem Volksbedürfnis entsprechende „Urchristentum" war in Wirklichkeit seinem Ursprunge nach ebensogut ein Produkt des Kampfes der höheren Klassen, wie das „Volk" selbst gewissermaßen ein Produkt der Gesellschaft war, die durch die herrschende Klasse ihren Stempel erhielt. So suchten z. B. die Herrschenden und Ausbeutenden die Menschen in ihrer Armut zu erhalten. Die Kirche lehrte, daß auch Christus arm gewesen sei, und es fanden sich Bettelmönche und Asketen verschiedenster Art, die dem Volke mit dem Beispiel des „göttlichen" Nichtbedürfens vorangingen. So machte denn das Volk ebenfalls aus der Not eine große Tugend.

Mit Folter und Tod wütete die päpstliche Kirche gegen alle, die im Verdacht des Aufruhrs und der unbotmäßigen Gesinnung standen. In den Klöstern wurden die Novizen durch Züchtigungen grausamster Art zur Demut erzogen und mußten noch die Rute küssen. Auch Christus war gegeißelt worden. Die Folge war die Kasteiung des Leibes, die Abtötung des Fleisches, der Wahnsinn des Flagellantentums (Geißlertum), in dem eine gewisse revolutionäre Gärung zum Ausdruck kommt. Selbst die Unwissenheit, in der das Volk erhalten wurde, artete in Feindschaft gegen die Gelehrsamkeit aus, und die Unmöglichkeit, die schönen Künste zu pflegen, in Bilderstürmerei. Allerdings richtete sich die Volkswut zunächst gegen die der Ausbeutung dienenden Bildwerke, sowie gegen die pfäffische Gelahrtheit, und die Enthaltsamkeit der Massen mochte auch den Kämpfern für die Sache des Volkes oft von Nutzen erscheinen. Immerhin läßt sich, wie wir sehen, der Ursprung der meist gepriesenen sozialen Tugenden deutlich auf den Einfluß von oben zurückführen, auf die Politik der geistlichen und weltlichen Obrigkeit, wenn auch feststeht, daß die Folgen dieser Politik sich oft und vielleicht in der Regel letzten Endes gegen die Herrschenden selbst richteten. Walsingham schrieb im 14. Jahrhundert über die Bettelmönche: „Ihre Gründer wollten, daß sie arm und frei von jedem weltlichen Besitz seien, damit sie stets die Wahrheit sagen könnten, ohne für ein Besitztum zu fürchten." —

(Schluß folgt.)

Die Organisation „Rote Hilfe"

Nun, da man die Revolution abgeschworen hat, muß man sich auch in jeder Beziehung auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen. D. h. man muß den Staat, den Kapitalismus vorerst, ehe nicht durch irgend ein Glückszufall derselbe verschwunden ist, und der Kommunismus an seiner Stelle steht, als gegebene Tatsache behandeln, und sich mit ihm abfinden. So denkt wenigstens die KPD., und stellt ihre Politik darauf ein, und handelt danach. Sie gibt zwar zum Schein bei den Massen noch an, revolutionär zu sein, in ihrer ganzen Einstellung zur Masse des Proletariats und zur gegebenen Tatsache beweist sie aber die Wirklichkeit ihres Daseinszweckes.

Der Staat und die Regierung, das Parlament, das Ergebnis der großen Massen, die Gewerkschaften, der Sammelplatz für Millionen von Proletariern, alles das, was Massen anzieht, sie sammelt, oder sie regiert, muß als Boden der gegebenen Tatsachen der KPD. angesehen werden, auf dem angeknüpft und gearbeitet werden muß. Es gilt nicht mehr, die Arbeiterklasse geschlossen in den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, sondern lediglich die bestehenden Bedingungen, die Apparate und Organisationen in den Dienst des Reformismus zu stellen.

Am Sonntag, den 17. Mai hat die „Rote Hilfe" ihre Reichstagung abgehalten. Die „Rote Hilfe" ist nicht als ein Gebilde des Klassenkampfes und der Klassensolidarität zu betrachten, sondern, wie die „Rote Fahne" vom 17. Mai schreibt, **als eine Wohlfahrtsinstitution im Rahmen der Fürsorgeverordnung**, also als ein kommunistisch angestrichenes **„Rotes Kreuz"**. Das Zentralkomitee der „Roten Hilfe", wie die KPD. überhaupt, erkennt das Rechtsverhältnis der bestehenden Staatsordnung im Grunde genommen an, führt aber innerhalb dieses Systems einen Reformkampf.

In ihrem Aufruf in der „Roten Fahne", in dem sie ihr Gesicht der Oeffentlichkeit wieder einmal offenbaren, schreiben sie darüber:

„Von geordneten Rechtsverhältnissen kann man in Deutschland **überhaupt nicht mehr sprechen**. Die sogenannte unabhängige Justiz ist zu einem offenen Werkzeug der herrschenden Gesellschaft geworden. Wenn irgendwo die Forderung nach Beseitigung der reaktionären Beamten Berechtigung hat, so in erster Linie im Justizapparat. Mit wenigen Ausnahmen sind die Richter ausgesprochene Vertreter des reaktionären monarchistischen Systems."

Indem man die Rechtsverhältnisse aus den Klassenverhältnissen überbrückt, und sich mit den bestehenden Klassenverhältnissen überhaupt, abfindet, erhebt man als Kernproblem der Lösung der gegebenen Tatsache die Amnestie zur Hauptfrage der „Roten Hilfe":

„Der Ruf nach Amnestie ist heute mächtiger denn je."

Man verlangt von der Regierung unter dem Nachdruck von Demonstrationen und Revolutionen die Gnade für die politischen Staatsverbrecher, die aktiven Feinde der Regierung. Es zeugt von der politischen Charakterlosigkeit der KPD., wenn sie von dem Klassenfeind des Proletariats die Gnade für die politischen Kämpfer gegen diesen Klassenfeind verlangt.

Mit dieser Frage gibt man die letzte Konsequenz des Klassenkampfes auf. Wir wissen, daß es nichts nützt, an das Ehrgefühl, an das sogenannte Rechtsgefühl der Kapitalistenklasse, an den Staat zu erinnern. Rechtsfragen sind Machtfragen.

Die naturnotwendige Aufgabe der Kapitalistenklasse ist es, das Proletariat als Klasse mit aller Brutalität zu bekämpfen. Wer sich gegen die Gesellschaftsordnung, gegen die Ordnung im Staat auflehnt, hat damit zu rechnen, daß sich Militär, Polizei und Justiz, die Werkzeuge der Staatsgewalt, der schärfsten Maßnahmen bedienen, um die Auflehnung zu unterdrücken. Diese Frage ist erst mit dem gewaltsamen Sturz dieser Apparate und der ganzen Gesellschaftsordnung, mit der Diktatur des Proletariats aus der Welt zu schaffen. Erst wenn das Proletariat seine Fesseln gesprengt hat, und die Kerkertore gewaltsam öffnet, werden die politischen Gefangenen frei sein.

Diese Frage ist aber für die KPD. in weite Ferne gerückt, warum am Sonntag auf der Reichstagung der „Roten Hilfe" dem Deutschen Staat eine neue Organisation für Sozialfürsorge offenbart. Diese Organisation stellt der Staatsregierung folgende Aufgabe anheim:

„Eine der wichtigsten Fragen ist die Fürsorge von Staat und Gemeinde für die Angehörigen der politischen Gefangenen. Trotzdem die Reichsgrundsätze über die Fürsorgepflicht keinen Zweifel darüber lassen, daß die Angehörigen politischer Gefangener in den Genuß der Wohlfahrtspflege kommen müssen, entzieht sich fast durchweg der Staat dieser Pflicht."

Die „Rote Hilfe" hat sich nun zur Pflicht gemacht, ein solches Werk der Zehnpfennigsolidarität aus den Reihen der Arbeiterschaft zu schaffen. Man glaubt dadurch ein Solidaritätswerk zu schaffen, das der Ideologie der Massen entspricht. Dieses Instrument, das die KPD. im Rahmen der Gesetzlichkeit aufzieht, ist genau so zu werten, wie jede andere Sozialversicherung, mit der dem Proletariat der Schutz vor irgend welchen Gefahren schmackhaft gemacht wird. Es ist gleich den Gewerkschaften, den Streik-, den Kranken-, Invaliden-, Lebens- und Altersversicherungen. Es ist ein neues Mittel, die Massen zu verdummen. Den politischen Kämpfern, denen hinter Kerkermauern, hilft es nichts. Es ist eine ganz gemeine Verdrehung der proletarischen Solidarität. Die Genossen im Kerker verlangen eine andere Solidarität. Sie sind die Opfer des Kampfes gegen den Kapitalismus geworden, sie wollen, daß man diesen Kampf nicht aus Feigheit beiseite legt, sondern, daß man ihn von neuem entfacht. Die meisten Opfer sind auf das Konto von reformistischen Illusionen und die Erziehung des Proletariats zur **passiven Solidarität** zu buchen. Das Verkennen der aktiven Solidarität beim Proletariat, die Ablenkung und der Kampf gegen dieselbe durch die Gewerkschaften, durch die reformistischen Parteien, zu denen, wie die „Rote Hilfe" wieder beweist, auch die KPD. zu rechnen ist, hat manches Opfer verschuldet.

Die Aufgabe des Proletariats ist die aktive Solidarität, ist der revolutionäre Klassenkampf, der kein Opfer scheut, um die eigene Befreiung, die Befreiung der politischen Gefangenen zu ermöglichen.

Die Barmat-Bilanz der preußischen Staatsbank

Die Preußische Staatsbank huldigt Grundsätzen wie jener gute Mann, der seiner Katze den Schwanz stückweise abhackte um ihr den großen Schmerz nicht mit einem Male zu verursachen. Das Institut hat — jetzt! — einen Jahresabschluß für 1924 herausgebracht, der einem privaten — Geldgeber alle Ehre in seiner Zunft machen würde. Ueber die in der Weltgeschichte einzig dastehende skandalöse Betrugs- und Mißwirtschaft, über die Kette von Bestechungen und Verschleuderungen staatlicher Steuergelder geht der Jahresbericht der Bank des preußischen Staates wie folgt hinweg:

„Die Schuldfrage hinsichtlich der seit dem November 1924 die Oeffentlichkeit beschäftigenden Vorfälle kann angesichts der schwebenden parlamentarischen und gerichtlichen Untersuchungen noch nicht in vollem Umfange beantwortet werden, doch darf schon jetzt als feststehend angesehen werden, daß die der Staatsbank erwachsenden Schäden zwar auch auf Mängel der im übrigen bewährten Art der Geschäftsführung und der inneren besonderen Organisation, besonders aber auf das Versagen der mit der Kreditgewährung befaßten Persönlichkeiten, deren Erfahrung sich nicht als genügend erwiesen hat, zurückzuführen sind."

Die Riesenverluste durch die Kutisker, Barmat, Reichskanzler Bauer und sonstigen Ordnungsstützen und staatlichen Würdenträger, sind mit ganzen 1 706 209 Rm. „ausgewiesen". Ob die Kassenführer des preußischen Staates sich der angenehmen Hoffnung hingeben, daß die sozialdemokratischen Ehrenmänner wieder andere betrügen werden, um ihre „Darlehen" an die Staatsbank zurückzuzahlen, oder ob deren Henkerdienste am Proletariat für die Bourgeoisie den „Rest"betrag aufwiegen? Nach der obigen schwammigen Erklärung zu schließen, sollen die Unterschleife wahrscheinlich in jährlichen Raten abgebucht werden. Das Finanzgebahren in der Bilanz darf sicher nicht anders gewertet werden, als der Barmat-Verlust mit den 17 Millionen.

Das Finanzinstitut eines Staates, der auf Unmoral, Verschleierung etc. viele hundert Strafparagraphen androht, müßte denn doch entschieden mehr auf Treu und Glauben geben. Man hat — und mit Recht — der Bank von Frankreich Bilanzverschleierung vorgeworfen, als sie kürzlich mit der Absicht, die Inflation zu hemmen, die Ausgabe einiger Posten Noten verschwieg. Die Preußische Staatsbank hat ein Kapital von 10 Millionen (!) Goldmark. Vor der Umstellung auf Goldmark betrug es 560 Millionen Vorkriegsmark. Trotz des zugegebenen Verlustes von 17 Millionen Mark werden die 10 Millionen Grundkapital nach wie vor ausgewiesen. Mehr noch: es steht da etwas von einem „Reingewinn" von 4,80 Millionen Mark und einer Rücklage von 3 Millionen Mark! Eine private Bank würde nicht nur nicht mehr existieren, sondern die Inhaber oder Vorstandsmitglieder würden neben Barmat eingeschlossen sein.

Aber angenommen, Grundkapital, Reingewinn und Rücklage würden keine Potemkin'schen Dörfer sein, was steht diesen 17,8 Millionen Guthaben an Schulden gegenüber? In der Eröffnungsbilanz Anfang Januar 1925 werden 90,14 Millionen Mark ausgewiesen. Im Januar wuchsen sie auf 402,95 Millionen, im Februar auf 423 Millionen und im April auf 600 Millionen Mark, die ungedeckt sind! Gedeckte Schulden werden mit 67,80 Millionen Mark ausgewiesen. Eine derartige Geschäftsführung ist nur möglich, wenn über die proletarischen Steuergelder des Staates keine andere Kontrolle herrscht, als die der Ausbeuter und aller jener, die von den zurückgehaltenen Löhnen des Proletariats leben. Ein privates Institut mit einer derartigen Geschäftsführung wäre jedenfalls undenkbar. Es ist begreiflich, daß die Absicht nicht gelang, wie die Generaldirektion zum Schluß sagt, größere Kapitalien heranzuziehen. Dafür hofft die Bank aber, daß es ihr gelingen werde, Reichsgelder in Verwaltung zu bekommen.

Wir befassen uns mit dieser „Bilanz", um dem Proletariat zu zeigen, wie mit seinen Steuergroschen umgegangen wird. Ein derartiges Maß von Zynismus und Korruption kann nur einem Proletariat gegenüber an den Tag gelegt werden, daß in frommer Schafsgeduld die schmutzigsten der Schieber als seine Führer und Vormünder anerkennt. Das Zahlenlabyrint des Jahresabschlusses interessiert das Proletariat nicht, weil der Nichtkaufmann mit ihm nichts anzufangen weiß, da sogar die gewiegtesten Bücherrevisoren dadurch hinters Licht geführt werden. Eine derartige Geschäftsführung von Staatsinstituten lehrt das Proletariat aber auch, daß der Staatskapitalismus keine Stufe empor zum Sozialismus ist, sondern die Wendeltreppe hinab in den Sumpf.

Politische Rundschau

Die Ablenkung vom Klassenkampf

Während die Arbeitermassen glauben, die Welt sei politisch zur Ruhe gekommen, der Sturm der Revolution wäre im Sande verlaufen, vollzieht sich nach wie vor die kapitalistische Entwicklung zur politischen Hochspannung.

Diese Entwicklung vollzieht sich außerhalb der politischen Begriffe des Proletariats. Die Unfähigkeit, den politischen Umwälzungen, den politischen Erscheinungen, auf den Grund zu gehen, sie auf die Ursachen zurück zu verfolgen, verwehrt den größten Massen der Arbeiterklasse überhaupt, die Dinge auf ihren wirklichen politischen Wert zu schätzen.

Was die größten Teile des Proletariats als die Politik ansehen, ist lediglich das Machtverhältnis, das der Staat unter gewissen Bedingungen gegen das Proletariat öffentlich auslöst. Der Staat, besser gesagt die Staatsform, Republik oder Monarchie, wird von ihm als der bestimmende Faktor der Politik gegenüber der Klasse der Unterdrückten angesehen. Als politisch werden zum Teil nur die Erscheinungen beachtet, die von der Staatsregierung, von den oberen Instanzen des Staates ausgehen. Aus diesem Grunde liegt auch die ganze politische Erkenntnis nur auf diesem Gebiete.

Festgestellt muß hier im Voraus gleich werden, daß diese Begriffe, die auf den Grund, die Ursache der politischen Bestimmungen, auf den Verwalter, die Regierung zurückführen, alte Ueberlieferungen aus Staatsverhältnissen sind, in denen der bestimmende Machthaber im Staat, gleichzeitig als Feudaladel, als Kirche oder Moral, die alleinige Verwaltung und Geschäftsleitung des Staates inne hatte. In diesen Verhältnissen, in denen der Besitzer der Wirtschaftsmacht gleichzeitig die Staatsregierung darstellte, wurde das politische Machtverhältnis allein von dieser Regierung ungeschwächt zum Ausdruck gebracht. Die Klassenverhältnisse treten hierbei offener zu Tage, wodurch der politische Gegendruck der untergeordneten Schichten auch zum großen Teil nur unter einseitiger Beeinflußung in Erscheinung tritt.

Diese politische Ideologie der proletarischen Massen hat sich auch noch in unserer Entwicklungsepoche des Staates erhalten, obwohl die Staatsverhältnisse und die politischen Bestimmungsfaktoren ganz andere sind. Regierung und Wirtschaftsmarkt sind zwei getrennte Gebilde innerhalb der bestimmten kapitalistischen Staatswirtschaftspolitik. Der Kapitalismus ist die Wirtschaftsform, die bestimmende Wirtschaftsmacht des Staates, die Regierung ist die Verwalterin der jeweiligen Staatsform, die sich nach den verschiedenen Bedingungen, den Möglichkeiten der Staatseinheit und Staatserhaltung ändern kann, ohne einen bestimmenden Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung auszuüben.

Die besitzende Klasse der kapitalistischen Wirtschaft übt ihren bestimmenden Einfluß auf die Staatsregierung und die inner- und außerpolitischen Verhältnisse des Staates aus. Die Regierungsinstanz führt eine dementsprechende Staatspolitik.

Durch dieses Staatsverhältnis treten die politischen Verhältnisse zwischen der Kapitalistenklasse und dem Proletariat auf eine zerrissene Basis. Obwohl der Machtausdruck der herrschenden Klasse klar zu Tage tritt, ist der politische Bestim-

mungsfaktor sehr schwer zu erkennen. Wenigstens für die größten Teile der Arbeiterklasse, um ihre politische Ideologie gegenüber der Staatsregierung zur klaren Erkenntnis umzuwälzen. Das Proletariat glaubt heute noch an die politische bestimmende Macht innerhalb des Staates und sieht alle wirtschaftspolitischen Erscheinungen im Kapitalismus nicht für voll an, es beachtet sie zum Teil überhaupt nicht.

Die Staatsregierung, das demokratische Parlament oder der politische Ausdruck des Staates, die Staatsform, wird dazu mit zur Verschleierung der Klassenverhältnisse, der politischen Verhältnisse überhaupt, infolge der staatspolitischen Ideologie der großen Massen, die den alleinigen politischen Ausdruck in der Staatsform und der Staatsregierung sieht, ist bis heute noch nicht zum Bewußtsein gekommen, daß die kapitalistische Wirtschaft die absolute Staatsform, die Regierung gegen die demokratische Republik und den Parlamentarismus eintauschte, um den politischen Weg der Klassengegensätze zu zerreißen. Die Staatsverhältnisse sind das Mittel zum Zweck für den Kapitalismus, die Regierung, die Verwalterin des Staates ist die diplomatische Stütze des Kapitals gegenüber dem Proletariat.

Die wirtschaftspolitischen Verhältnisse des Kapitals, den Zersetzungsprozeß des Gesamtkapitalismus und die damit verbundene Ausbeutungspolitik, die Offensive gegen die Lohnsklaven, sieht das Proletariat nicht. Es erkennt aus diesem Grunde auch nicht seine zwangsläufige Einstellung zum Kommunismus, die Rettung aus diesem Ausbeutungssystem.

Was die reaktionäre konservative Ideologie des Proletariats noch festigt und stützt ist die Politik der Gewerkschaften und der parlamentarischen Parteien. Diese, die den Staat nach der systematischen Gliederung durch den Kapitalismus aus zweckpolitischen Gründen trennen, indem die eine Staatsreform, die andere Wirtschafts- oder Lohnreform betreibt, sind so zu reaktionären Ablenkungsfaktoren zu Gunsten des Kapitals geworden. Ihre Politik ist nicht nur Ablenkung von den Klassenverhältnissen und den Ursachen der Politik, sondern ihre Einstellung muß sich direkt gegen die Erkenntnis des Proletariats wenden.

Die Gewerkschaften greifen in die verkehrte Ideologie des Proletariats, daß die Eroberung des Staates lediglich die Eroberung der Regierung sei ein, und lehnen den täglich Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaft ab, sie bekämpfen alle dementsprechend politische Bestrebungen. Der politische Wirtschaftskampf gegen das Kapital muß demzufolge vorerst eine Zertrümmerung der Gewerkschaften zur Konsequenz haben, wogegen sich dieselben mit allen Mitteln wehren. Dies ganz abgesehen davon, daß die der Politik der Gewerkschaften entsprechende Organisationsform überhaupt keinen politischen Kampf gegen den Kapitalismus führen kann.

Die parlamentarischen Parteien, deren Politik sich auf die Staatsform, und die Eroberung der Regierung einstellt,

Denkt an die politischen Gefangenen!

werden als staatserhaltende Organe in der politischen Konsequenz des Kampfes gegen den Staat und gegen den Kapitalismus ebenso zertrümmert werden. Sie sind augenblicklich die stärksten Stützen der reaktionären Illusionen der Proletariermassen. Sie halten die Massen politisch in ihrem Bann und treten damit der politischen Machtfrage des Proletariats, der sozialen Revolution mit dem gemeinsten Mittel der Verdummung entgegen. Von diesem Urteil ist die scheinrevolutionäre KPD. nicht ausgeschlossen. Dem obwohl sie angibt revolutionär zu sein, fängt sie die Proletariermassen mit ihrer radikalen parlamentarischen Illusion.

Die Proletarier werden zum Schutz der demokratischen Republik aufgerufen, zum Protest gegen die Regierung, die Staatsverwaltung Hindenburg, was sich aber hinter diesem Schleier des Parlamentarismus der politischen Ablenkung vollzieht, das bleibt dem Proletariat verschlossen. Die Wirtschaftspolitik, die der gesamte Kapitalismus betreibt, der Kampf gegen die Arbeiterklasse, die kommt dem Proletariat nicht zum Bewußtsein. Die Revolution, die von dem Selbstbewußtsein der großen Massen abhängt, wird untergraben, die eigene Befreiung in weite Ferne gerückt.

Das Proletariat sieht den Umwälzungsprozeß des Kapitals nicht das Leben desselben in einer steten Gefahr der Revolution, weil durch die Staatsveränderungen „politische" Ruhe geschaffen ist. Die Ruhe, die zum Massengrab der Ausgebeuteten in die Barbarei des Kapitals führt. Es ist die Ruhe, die das Proletariat in eine Stagnation versetzt hat, aus der kein Ausweg zu entdecken ist.

Die politische Initiative, die den kapitalistischen Krisenverhältnissen dringend entspricht, wird durch diese Ablenkung von der Wirklichkeit im Proletariat vollkommen lahmgelegt. Das Proletariat glaubt an kommende staatspolitische Ereignisse, entweder durch demokratische Mehrheitssiege, oder durch staatspolitische Machtauswirkungen der gesamten Kapitalsentwicklung gegen das Proletariat. Es glaubt eventuell an eine staatspolitische Aktion, eine Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse, die eine Gegenaktion der geschlossenen Arbeiterschaft hervorrufen würde. Es sieht nicht, daß das Kapital den Staat dahingehend dirigiert, daß durch Ruhe und Stagnation diese staatspolitische Auseinandersetzung mit allen Mitteln unterbunden wird, während auf der andern Seite das Kapital ungehindert seine wirtschaftspolitische Macht durch den systematischen Guerillakampf gegen das Proletariat festigt.

Die Sozialdemokratie hat durch ihre ganze Staatspolitik diese politische Festigung des Kapitalismus gefördert. Unter ihrem Regime wurden alle staatspolitischen Kämpfe, die evtl. zur Aufdeckung der Klassenverhältnisse und zu Klassenkämpfen in größerem Stil führten, mit doppelter Macht ihrer sozialpolitischen Beschlußfassung und Verdummung, und mit juristischer, militärischer Brutalität unterdrückt. Die unpolitischen, politisch-diplomatischen Ablenkungsmanöver der Gewerkschaften gingen mit diesen Unterdrückungsmethoden Hand in Hand.

Heute steht das Proletariat da und schreit: „Hoch Hindenburg!" — Nieder mit Hindenburg! — Hoch die Republik!" Das parlamentarische Gaukelspiel fesselt seine politischen Gedankenlosigkeit, und unterdeß wird die Ausbeutung unter dem Mantel parlamentarisch-diplomatischer Politik von Tag zu Tag gesteigert. Die weltpolitische Umwandlung des Kapitals, die internationale Krise, die sich außerhalb des politischen Horizonts der großen Proletariermassen vollzieht, an dem diesseitigen Interessenlos vorüberschen, führt langsam auf diesem Wege weiter in die totale moderne Sklavenwirtschaft des Kapitalismus. Alle die Ausbeutungssysteme, die kapitalistischen Errungenschaften der Wiederbelebungszeit beschleunigen diesen Prozeß. Der Kampf geht auf Leben und Tod, entweder Kapitalismus oder Kommunismus. Klassenkampf, Revolution oder kapitalistische Barbarei.

Das Kapital hat diese Entwicklungsgesetze begriffen und handelt danach; das Proletariat läßt sich durch Gaukelspiel ablenken und erkennt seine historischen, der proletarischen Entwicklung, der Befreiung entsprechenden politischen Aufgaben nicht. Vor dieser Erkenntnis werden sie durch ihre großen Organisationen geblendet.

Hoffen wir, daß das Proletariat recht bald die Rolle dieser Organe, die zum politischen Henker des Proletariats geworden sind, erkennt, um sie zu beseitigen und den Weg freizulegen zum politischen Machtkampf, zur Revolution des Proletariats.

Weitere Todesurteile in Bulgarien

WTB. Sofia, 18. Mai.

Strafantrage im zweiten Prozeß gegen die Urheber des Attentates in der Sofiaer Kathedrale. Der Staatsanwalt beantragte die Todesstrafe gegen die Angeklagten Iwan Partschemiller, Eugene Lege, seine Frau und gegen Frau Adele Nikolowa. Gegen den minderjährigen Sohn der letzteren beantragte der Staatsanwalt lediglich eine Gefängnisstrafe.

Die rumänische Regierung hat der bulgarischen Polizeibehörde, die nach Rumänien geflüchteten bulgarischen Kommunisten Tascho Stanow und Georgow ausgeliefert. Der erste wurde vom bulgarischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt.

Weiter die Demokratie Geld hat

In der Sonntagsnummer der „DAZ." (Reichsausgabe vom 17. Mai 1925) steht folgendes Inserat:

> Schwache
> **eine große Wohnung**
> (von 10 Zimmern an)
> zu mieten oder zu kaufen. Weber oder anger Rowat
> Generalsuperintendent Dr. Dibelius
> W 30, Hellmannstraße 20

Die „Seelsorgerei" ist also ein Geschäft, daß seinen Mann noch gut und reichlich ernährt. Die Herrschaften werden vom Staat aus den proletarischen Steuergeldern bezahlt. Laut der Statistik der Wohnungsämter werden in Berlin allein 200 000 Wohnungen gesucht; die meisten werden wohl von Proletariern begehrt, die im Obdachlosenasyl oder in dumpfen Massenquartieren ihre Gesundheit aufreiben. Es ist jedenfalls wert, daß es sich die Proletarier merken, daß ein Pfaffe im Zeichen des Abbaues und der Sparsamkeit Tausende für Miete und Zehntausende für Wohnungsscheiberei ausgeben kann.

Aus der Bewegung

Gewerkschaftlicher Aufstieg

Unter dieser Betitelung bringt der „Vorwärts" vom 3. 5. 1925 einen Artikel im gewerkschaftlichen Teil der Zeitung. Derselbe soll beweisen, das die Gewerkschaften als Hauseigentümer von mehreren Gewerkschaftshäusern, nicht etwa reformistischer geworden sind. Wörtlich heißt es:

„Es wurde befürchtet, daß die Geldmittel der Organisation dadurch festgelegt würden, bei notwendigen Kämpfen dann fehlten und so der Charakter der Kampforganisation verwischt werde. Heute hat selbst die KPD. sich „häuslich eingerichtet" in der bürgerlichen Gesellschaft. Etwa 15 Verbände, der dritte Teil der Zentralverbände im ADGB., sind Hausbesitzer. Daraus wird umgekehrter von anderer Seite gefolgert, daß die Arbeiter mit ihren Konsumgenossenschaften, ihren Gewerkschafts- und Verbandshäusern, wie viele ihrer Mitglieder als Laubenbesitzer, keine Proletarier mehr seien — weil sie irgend etwas besitzen."

Um was es sich in Wirklichkeit bei der ganzen Sache handelt, wird vom „Vorwärts" verschwiegen. Das die Proleten, die eine Bretterbude in einer Sandwüste um Berlin haben, keine Besitzenden in marxistischem Sinne sind, weiß der Dümmste. Daher wirkt es lächerlich, ihren „Besitz" mit dem Besitz der Gewerkschaften zu vergleichen. Wenn in den Vorkriegsjahren von den Gewerkschaftsmitgliedern dagegen moniert wurde, daß die Gewerkschaften sich Verbandshäuser zulegen, so mit Recht. Das hat mit dem spießbürgerlichen Geschwätz, das die Anschaffung eines Ziegenstalles eine bürgerliche Veränderung ist, wie der „Vorwärts" anführt, nicht das geringste gemein. Wenn die SPD. es tut, so ist das eine bewußte Verdrehung der Tatsachen.

Wir können es verstehen, daß die Gewerkschaften ihren Mitgliedern einreden wollen, daß durch die Verbandshäuser die Grundsätze der Organisation nicht gelitten haben, da es doch notwendig ist, aus dem gewerkschaftlichen System heraus. Begründen kann man letzenendes alles, es frägt sich blos wie. Eine revolutionäre Organisation kann nie im kapitalistischen System Organisationsgebäude errichten, die bei den geringsten Kämpfen gegen das Kapital, das Opfer der herrschenden Klasse und ihrer Soldateska werden würden. Das wissen die Gewerkschaftler genau so gut wie wir, doch sie wollen es nicht wissen, um ihrer bürgerlichen Existenz willen. Als 1914 der Weltkrieg kam, waren die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie längst von Reformismus durchtränkt. Sie waren zu dieser Zeit keine revolutionären, dem kapitalistischen Staate gefährlichen Organisationen mehr. Ihre häusliche Einrichtung im Kapitalismus stand in einer guten Entwicklung. Der „Kampf" der SPD. und Gewerkschaften beschränkt sich schon zur Zeit des Ausbruchs des Weltkrieges nur auf eine Kritik der kapitalistischen Auswüchse. Der Krieg brach aus und die SPD. und Gewerkschaften mit ihren riesigen legalem Apparat, der aus Druckereien und Verbandshäusern bestand, mußten sich entscheiden für oder gegen den imperialistischen Krieg. Sie entschieden sich für das kapitalistische Massenmorden. Aus ihrer Konstellation zum Kapitalismus, sowie aus ihrer gesellschaftlichen Verbundenheit ihres legalen Organisationsapparates zur Profitwirtschaft, gingen sie ihren angefangenen Weg zur staatserhaltenden Organisation weiter. Das Umkehren zur revolutionären Kampftaktik hatte der SPD. und den Gewerkschaften 1914 der legale Apparat gekostet. Die Bürokratie wußte dasselbe zu gut und sprach es auch offen aus. Hätten sie die Grundsätze des Sozialismus hochgehalten, so wäre die friedliche Zeit, die die Gewerkschaftsbürokratie während des Krieges in den Verbandshäusern verlebt hat, vorbei gewesen. Sie schickten lieber zu Millionen die Proletarier in die Massengräber in Frankreich und Rußland, als das sie auf ihren legalen Apparat verzichteten. Sie wurden während des Krieges zu Organisationen des proletarischen Streikbruches. Offen verzichteten die Gewerkschaften auf das Streikrecht im Interesse des Vaterlandes der Kapitalisten und schlossen den Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit. Der Besitz der SPD. und der Gewerkschaften, an Druckereien und eigenen Häusern, hat mit zu ihrer konterrevolutionären Handlungsweise beigetragen. Wer dieses bestreitet, kann nicht, oder will nicht sehen.

Wenn heute die Gewerkschaften mit ihrem großen Apparat sich prahlen wollen, so ist das bestimmt kein „Aufstieg" für die Arbeiterklasse. Gerade er beweist, daß er nur möglich ist in der Profitwirtschaft durch das Aufgeben der proletarischen Grundsätze. Das man einer revolutionären Organisation die legalen Einrichtungen vernichtet, ist keine spezifische italienische Methode. Das Kapital wendet sie überall dort an, wo durch sie eine Gefährdung der Lohnsklaverei bemerkbar wird. Die Amsterdamer Gewerkschaften können sich nur deshalb mit ihren Verbandshäusern dicke tun, weil sie der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft nicht gefährlich sind.

Die Gewerkschaften zeigen bei dieser Gelegenheit auf die KPD. Die sich auch anfängt, im Kapitalismus häuslich einzurichten. Für uns ist das keineswegs verwunderlich, da sie sich auf dem besten Wege zur Sozialdemokratie befindet. Die parlamentarische Einstellung bedingt, daß immer mehr sich Anpassen an die bestehenden Verhältnisse.

Das revolutionäre Proletariat muß erkennen, das die Stärke einer Organisation, die der Revolution dienen will, nie in einem legalen Organisationssystem sich verkörpern kann. Wir sehen an den Gewerkschaften, daß trotz ihres Organisationsfundamentes, das durch Gebäude sich ausdrückt, sie ohnmächtige Gebilde dem Kapital gegenüber sind. Die Kraft der Arbeiterklasse liegt in der revolutionären Erkenntnis der jeweiligen Verhältnisse. Solange die Gewerkschaften noch von einem „Aufstieg" faseln können, wird die Befreiung der Arbeiterklasse nur in Resolutionen stehen und doch nie Tatsache werden. Erst der Niedergang der kapitalserhaltenden Gewerkschaften und die Zusammenfassung der revolutionären Proletarier, als Klassenorganisation in den Betrieben, wird den Weg frei machen zur endgültigen Befreiung aus der Lohnsklaverei.

Ausland

Amerikas neue Partei

Es ist schon verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß in Amerika, nachdem durch die Aufbau-Konjunkturperiode der Mittelstand auf dem Lande vernichtet wurde, die weitere Durchorganisierung der Industrie, das Rüsten der Trusts und Monopole zur Erdrückung der europäischen Konkurrenz, sowohl der Todesstoß versetzt wurde. Ganz gleich, ob Amerika (die USA.) sich in Europa als nicht interessiert erklärt und die Ernte der kleinen Farmer wegen mangelnden Absatzes in den Scheuern verfaulen, oder ob es versucht, den europäischen Markt neu zu beleben, indem es als ehrlicher Richter beiden Partnern Geld leiht — bei der Entscheidung (Ruhrkrieg) — die Entwicklung zwingt die Getretenen, sich zur Wehr zu setzen, und ehe die beiden Gewalthaufen hie Kapital (Trustmagnat), hie Arbeit zum letzten entscheidenden Ringen antreten, erleben wir auch in dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten das etwas komisch wirkende Schauspiel, daß nach dem Muster der famosen „Labour Party" auch in Amerika versucht wird, die widerstrebenden Elemente in ein politisches Gebilde zusammenzufassen. Vorläufig will es, noch nicht recht gelingen! „The neu Leader" vom 20. 3. 1925 meldet darüber:

„Amerika hat beinahe verfehlt, eine Arbeiter-Partei zu bekommen, und es mag jetzt noch eine dritte Partei mit Arbeiter-Vermischung erhalten. Als Erfolg des Kampfes von La Folette an den Präsidentensitz, wurde im Februar eine Konferenz abgehalten, bei der die Eisenbahner Brüderschaft, die Sozialistische Partei und die Progressivisten des Westens vertreten waren. Es ereignete sich etwas Sonderbares; die Eisenbahner Brüderschaft machte eine Wendung und erklärte: „Der psychologische Augenblick sei noch nicht gekommen — die Massen hätten sich noch nicht groß in Bewegung gesetzt." Vergebens waren alle Gründe und Einwendungen Morris Hillquits. Sie verließen die Sitzung und kehrten zu ihrer parteiverneinenden Politik zurück. Eine zweite Spaltung zwischen den Sozialisten und den Progressivisten folgte. Die Westersier weigerten sich, die Sozialisten als eine besondere Gruppe in die Partei eintreten zu lassen, die Sozialisten weigerten sich, ihre besondere Form aufzugeben. Schließlich kam überein, jedem Staate diese Frage des geteilten Zusammenschlusses einzeln zu überlassen. Bis jetzt ist die neue Partei noch nicht geboren. Und wenn sie kommt, wird sie keine „Labour Party" sein, wie wir (die Engländer) sie kennen, denn die Gewerkschaften machen nicht mit."

Immer langsam voran — — —. Es scheint wirklich, als ob auf dem Wege zum Klassenkampf auch die neue Welt sich erst jeden alten Ladenhüter trägt-komisch auf dem Kopf stipen muß. Und doch geht die Verwesung auch dort drüben unaufhaltsam ihren Gang.

Frankreichs Finanznöte

4 Milliarden Franken Defizit.

„Paris. Finanzminister Caillaux hat vor dem Finanzausschuß der Kammer die angekündigten Erklärungen über die von ihm beabsichtigte Finanzreform abgegeben. Nach seinen Erklärungen setzt sich das auf 3894 Millionen Franken geschätzte Defizit wie folgt zusammen: 1. aus dem Defizit in Höhe von 1150 Millionen Franken, das sich bei einem Vergleich zwischen dem Einnahmen- und dem Ausgabenvoranschlag ergibt, 2. aus dem Defizit in Höhe von 1240 Millionen Franken, das aus der Tatsache hervorgeht, daß die Einnahmen, die Frankreich aus dem Dawesplan erwartet, lediglich für Wiederaufbauzwecke auf besonderem Konto vorbehalten werden sollen, 3. aus dem außerordentlichen Staatsvorschuß zur Pensionskasse der Kriegsopfer in Höhe von 1250 Millionen Franken und 4. aus der für die Postverwaltung zur Verbesserung der Materialien ausgeworfenen Summe von 254 Millionen Franken.

Die innere Schuld Frankreichs beläuft sich nach Caillaux' Berechnung auf 280 Milliarden Franken. Hiervon sind 130 Milliarden kurzfristige Verpflichtungen aller Art und 150 Milliarden konsolidierte Renten. Caillaux, der die kurzfristige Schuld Frankreichs als gefährlich hoch bezeichnete, erklärte, um zum Ziele der Sanierung zu kommen, dürfe man nicht verhehlen, daß eine Erhöhung der Einnahmen um ungefähr 3500 Millionen Franken erforderlich sei.

Da die neuen Steuern erst im Laufe des Jahres 1925 voll in die Erscheinung treten würden, werde das Schatzamt gezwungen sein, bis Ende dieses Jahres noch aus eigenen Mitteln die Verpflichtungen zu decken."

Die überaus schlechte Finanzlage Frankreichs zeigt wiederum, daß auch der Militarismus der „Siegerstaaten" ihnen keinen Schutz bietet vor den Stürmen der internationalen Kapitalskrise.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Achtung!! Arb.-Ausschuß-Mitglieder.

Die nächste Sitzung des Arbeits-Ausschusses findet nicht am Mittwoch, den 20 Mai, sondern am Freitag, den 22. Mai statt.

Motorbootfahrt nach dem Krossinsee. Veranstaltet vom 16. Unterbezirk (Köpenick) der KAPD. Sonntag, 21. Juni. Abfahrt Grünau, Gesellschaftshaus, pünktlich 7½ Uhr morgens. Alle Genossen mit ihren Angehörigen der Ortsgruppe Berlin und Sympathisierende sind eingeladen. Karten in der Buchhandlung Warschauer Straße 49, zum Preise von 1 Mark, von Sonnabend, den 30. Mai ab zu haben. Das Motorboot faßt nur 130 Personen. Genossen! Schenkt Karten entschieden. Abgabe derselben nur gegen sofortige Bezahlung. Die Zeitungsobleute nehmen Bestellungen entgegen.

Verantwortl. Red. und Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat. Berlin O.17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 40

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin, O. 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Der deutsche Zollkrieg

Das ständige Anhalten der passiven Handelsbilanz, die Zwickmühle der Wirtschaftswidersprüche, hat ein neues Werk der Selbstvernichtung offenbart. Man kann nicht anders, man muß sich in immer größeren Widersprüchen verwickeln. Die Unmöglichkeit, den Weltmarkt zu überfliegeln, ohne selbst von der Einfuhr ausländischer Waren bedrängt zu sein, hat zu einem neuen Werk der Wirtschaftsisolierung geführt. Während man auf der einen Seite feststellt, daß es notwendig sei, um überhaupt den Warenumsatz zu vergrößern und dadurch aus dem Krisendilemma herauszukommen, bringt die Deutsche Regierung eine neue Zollschranke auf die Welt. Die allernotwendigsten Bedarfsmittel werden von neuem mit ungeheueren Zöllen belastet, um dadurch die Einfuhr ausländischer Waren auf den deutschen Markt zu unterdrücken. Es ist dies die notwendige Folge auf die vorhergegangenen Fragen der Steuerpolitik. Die Erhöhung der Steuersätze auf die inländischen Waren, das Steigen der Warenpreise, mußte unbedingt eine neue deutsche Produktions- und Wirtschaftseinschränkung zur Folge haben. Um diesen Aufzehrungsprozeß der deutschen Wirtschaft wieder scheinbar auszugleichen, der Innenproduktion gegenüber dem Import eine Sicherheit zu schaffen, mußte die Zollgrenze gefestigt werden. Deutschland hat hierdurch den Zwangsversuch unternommen, sich selbst auf die eigene Konsequenz der doppelten Ausbeutung des deutschen Proletariats als Steuerzahler und als Konsumenten, vom Weltmarkt abzuschließen. Denn der Zollkrieg, die Sperrung des Warenimports, hat gleichzeitig die Sperrung der ausländischen Grenzen, eine Unterbindung des Exports zur Folge. Man will den Versuch machen, mit Ausnahme einiger Industriezweige, deren Konjunktur ein bedeutendes Arbeiten unter dem Weltmarktpreis ermöglicht, und deren Export doch aufrecht erhalten bleibt, der Entwicklung der Weltkrise nachzukommen, und sich auf sich selbst zu verlassen. Die deutsche Wirtschaft, deren Produktivität sich in jeder Beziehung bedrängt sieht, soll den Lauf der Inflation, das Aufzehren in den eigenen Widersprüchen wieder aufnehmen.

Zwei Fliegen will man mit einer Klappe schlagen, und begeht dabei einen doppelten Selbstmordversuch. Die Konkurrenz des ausländischen Kapitals will man unterbinden, um die eigene Produktion lebensfähig zu erhalten, indem man den Zollkrieg eröffnet. Die Produktion für den Innenbedarf, dessen Warenpreise weit über Weltmarktspreise stehen, belastet man mit neuen Steuern. Staat und Kapital wollen die Profitrate erhöhen.

Es wird bedeuten, daß der Zwang, unter den man die Konsumtion zur Steigerung der inländischen Produktion stellen will, sich ins Gegenteil auswirken wird.

Die Realität der Wirtschaft wird nicht, wie die DAZ. vom 21. Mai in „Demagogische Schlagwortpolitik" aufzeigt, ihre Lösung finden.

Sie schreibt:

„Gerade die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer haben eingestandenermaßen das begreiflichste Interesse an einer leistungsfähigen und kaufkräftigen Landwirtschaft, denn wenn diese unter dem Druck ungenügender Preise ihren Betrieb einschränken, den Getreidebau verringern muß, so ist die unmittelbare Folge Arbeitslosigkeit unter der Landbevölkerung. Der Landarbeiter muß nach der Stadt abwandern, dort sein Brot zu verdienen suchen und damit das schon überreiche Angebot an Industriearbeitern zu beider Schaden weiter vermehren.

Nicht geringer ist aber auch das Interesse des Industriearbeiters an einer kaufkräftigen Landwirtschaft, denn deren Nachfrage nach Maschinen, landwirtschaftlichen Geräten, Textilien usw. läßt die Schlote rauchen, gibt Arbeit und Verdienst. Jede Stärkung des Inlandmarktes ist aber um so wichtiger in einer Zeit, da aus bekannten Gründen der Absatz deutscher Industrieerzeugnisse ins Ausland nur stockend und unzureichend vor sich geht."

Es wird folgendermaßen wirken. Die Exportindustrie wird sich zum Teil auf Inlandproduktion an den nötigsten Volksbedarfswaren umzustellen versuchen. Der größte Teil wird weiter stillgelegt. Die allernotwendigste Warenproduktion des Inlandes wird sich wiederum in den Händen weniger konzentrieren. Der übrige Teil wird erdrückt werden, und somit den Arbeitslosenmarkt erweitern. Die Erhöhung der Warenpreise wird die Kaufkraft nicht steigern, sondern die Konsumtion in den nötigsten Bedarfsgegenständen der breiten Massen sehr einschränken, was sich auf die Produktion dieser Konsumtionsmittel rückwirken wird.

Des weiteren wird durch diese Zollpolitik die Industrie der Reproduktionsmittel nicht gesteigert, sondern vernichtet. Die Steigerung der Konsumtionsschwierigkeiten wird die Anschaffung von technischen Hilfsmitteln, Maschinen, Geräten und Textilien enorm beschränken. Dies wird wiederum die Arbeitslosenzahl erweitern und die Konsumentenzahl verringern.

Die Krise wird nicht behoben, sie wird durch jeden Versuch neu in Erinnerung gebracht.

Leider fehlt dem Proletariat, das am meisten darunter leidet, die Erkenntnis, die Auffassungsgabe und das Bestreben, mit dieser ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Schluß zu machen.

Auslandswirkung der Zollvorlage

Starke Erregung in Frankreich.

Paris, 20. Mai. (WTB.) Das Handelsministerium veröffentlicht folgende Erklärung: „Der neue deutsche Zolltarifentwurf, der verschiedene Zölle für die Einfuhr nach Deutschland beträchtlich erhöht, hat in der Geschäftswelt eine außerordentliche Erregung hervorgerufen, die nicht ganz berechtigt erscheint. Dieser neue Tarif war seit 6 Monaten in Vorbereitung und die französischen Delegierten für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben mit dem Erscheinen dieses neuen Tarifes gerechnet. Eine der Hauptbemühungen der französischen Delegation besteht darin, nach dieser Richtung alle unerläßlichen Garantien zu verlangen, damit der französischen Exportindustrie ihr natürliches Absatzgebiet in Deutschland erhalten bleibt."

Amerika schon vorbereitet.

New York, 20. Mai. (WTB.) Nach Mitteilungen der Associated Preß aus Washington wird die Einbringung der Zolltarifnovelle in Deutschland vom amerikanischen Handelsamt mit lebhaftem Interesse verfolgt. Mit Rücksicht auf Anordnungen, die der Reichstag daran vorzunehmen kann, hält man jedoch mit einer endgültigen Stellungnahme zurück. Es herrscht indes die Ueberzeugung vor, daß mehrere amerikanische Industriezweige, insbesondere die der Kraftfahrzeuge und der landwirtschaftlichen Maschinen sich mit der Errichtung einer neuen Zollschranke in Deutschland werden abfinden müssen. Mit Bezug auf die beträchtliche Ausfuhr von Automobilen nach Deutschland hat man hier schon lange gewartet, daß die Aufstellung regulärer Tarife diesen Handel zum Erliegen bringen oder ihn zum mindesten schwer schädigen werde. Von den übrigen Zolltariferhöhungen werden anscheinend verhältnismäßig wenige den amerikanischen Ausfuhrhandel, und zwar nur in geringem Maße, gefährden.

Englische Industriellenrückfrage in Berlin.

London, 20. Mai. (WTB.) Wie Reuter meldet, hat der Bund britischer Industrieller erklärt, daß er nicht in der Lage sei, irgendein detailliertes Urteil über die neuen deutschen Zolltarifpläne abzugeben, bevor er nähere Einzelheiten, um die er bereits nach Berlin telegraphiert habe, erhalten hätte.

Der Entwurf der französischen Antwort

London, 21. Mai (WTB.) Wie Reuter meldet, hat sich das britische Kabinett mit der Erörterung des Entwurfs der französischen Antwort auf die deutschen Sicherheitspaktvorschläge beschäftigt. Die Beschlußfassung sei noch nicht gefaßt worden, weil man noch eine nähere Erläuterung gewisser Punkte in dem Entwurf der französischen Antwortnote abwarten wolle.

Nach einer weiteren Reutermeldung steht der Termin für die nächste Sitzung der Botschafterkonferenz, auf der das Problem der Entwaffnung Deutschlands erörtert werden soll, noch nicht fest. Die Verhandlungen seien sehr langwierig und schwierig, sowohl was die Abfassung der Note selbst als was die Fertigstellung der Begleitliste, die die Verletzungen Deutschlands aufzählen soll, betreffe. Man könne nicht sagen, daß irgendeine alliierte Regierung für die Verschiebung der Fertigstellung der Note verantwortlich sei. Der Grund der Verzögerung läge vielmehr in der Schwierigkeit der Sache selbst.

Die Brandlerpolitik der „bolschewisierten" K. P. D.

Ihre sichtbaren und „unsichtbaren" Triebkräfte.

Es ist das typische Merkmal aller kleinbürgerlich-reformistischen Parteien — der schwarzweißroten wie der schwarzrotgoldenen als auch der „roten" —, daß ihre Generalissimusse vor allem nach jedem Personenwechsel in der staatspolitischen Leitung der Proletiktatur sich auf den Hosenboden setzen, um in kilometerlangen Resolutionen „die neue Lage" zu konstruieren. Solche unbändigen Thesen dienen aber gewöhnlich weniger dazu, einen bestehenden kapitalistischen Zustand in seiner Gesamtheit zu analysieren, als vielmehr dem wichtigeren Zweck, den Zusammenbruch der eigenen Politik zu verschleiern mit dem Hinweis auf eine „völlig neue Situation". Denn die Tatsache, daß die immer wieder hervorbrechenden Stürme des kapitalistischen Krisenzustandes stets erneut alle kleinbürgerlichen Illusionen umbarmherzig wie Spreu zerstieben, macht es zur Lebensnotwendigkeit jeglicher reformistischer Parteien, daß sie ihren so unsanft aus dem Traume gerissenen Gläubigen unverzüglich neue Schlafpulver reichen müssen; d. h. mit anderen Worten: das schmarotzende Berufsführertum muß um seiner Existenz willen bei jedem Mißerfolg seiner kleinbürgerlichen Politik alle seine gerissenen Regiekünste spielen lassen, um die mit dem Kopfe an die eiserne Mauer der Undurchführbarkeit ihrer Illusionen gestoßenen Massen in andere ebenso unsinnige Abenteuer hinein zu manövrieren. Diese „Manövrierfähigkeit", diese Ablenkung von den gesellschaftlichen Kernproblemen auf bestimmte Auswirkungen der kapitalistischen Entwicklung kommt naturgemäß am prägnantesten auf parlamentarischem Gebiete zum Ausdruck, sie ist das Rückgrat aller kleinbürgerlichen Parteien und ihr einziges Mittel, vor ihren kritiklosen Anhängern immer wieder im Nimbus politischer Weisheit zu erscheinen.

Von den sogenannten Arbeiterorganisationen ist es ohne Zweifel die KPD., welche gegenwärtig abermals den Beweis liefert, daß sie in dieser reformistischen Kunst des „Anpassens an eine neue Lage" Meister ist. Die „linke" Zentrale der „revolutionären" Massenpartei hat in Reaktion auf die deutsche innerpolitische Entwicklung (die gekennzeichnet ist durch die politische Konsolidierung der Bourgeoisie) wieder mal eine der berühmten taktischen Schwenkungen des Parlamentskommunismus vollführt, sie hat eine ganze Kehrtwendung nach rechts gemacht und treibt jetzt offene Brandlerpolitik — ohne den in die Wüste geschickten Ministerialdirektor der sächsischen „Arbeiter- und Bauern-Regierung" von 1923. Das ist nämlich das einzige positive Ergebnis der gepriesenen „Bolschewisierung", daß die „linken" Ruth Fischer-Scholem-Helden, die vor anderthalb Jahren als revolutionärer Paulus das Schwert zückten gegen die Brandler-Thalheimer, jetzt sich restlos entpuppen als reaktionärer Saulus, der die alten Losungen der „Offenen Brief"-Kampagne von 1923 wieder zur alleinigen politischen Richtschnur erhebt, der das Gesicht dem so verlemten Brandlerismus zuwendet und den Rücken den „Ultralinken". Diesen „Ultralinken" der KPD., die in der jetzigen „Entlarvungs"-Taktik mit ihren „nicht ernst gemeinten" Forderungen doch nur einen Brandlerkurs im neuen Gewande sehen, ist denn auch auf der Tagung des Zentralausschusses klipp und klar „bewiesen" worden, daß die Schwenkung der Partei keine brandleristische sei, weil im Gegensatz zu 1923 die heutige Lage nicht „akutrevolutionär" ist. Diese „Begründung" für die eingeschlagene Politik des „Manöverierens" wurde im grundlegenden Referat erhärtet durch die einfach klassischen Worte, daß „die Situation im Weltmaßstabe und damit auch in Deutschland objektiv revolutionär" sei! Wenn das nicht Kirchturms politik der „Kommunistischen Internationale" ist, dann gibt es wirklich keine. Das ist ja sogar schon etlichen „disziplinierten" Bolschewisten zu starker Tabak. Diese Offenbarungen der „Linken", dieser leninistische Brandlerismus oder brandleristische Leninismus, das ist eben eine Frucht, die nur ein Kind verdauen kann, welches die unverfälschte Muttermilch einer Ruth Fischer genießt.

Die besonderen Auswirkungen des neuen Brandler-Kurses der KPD. in Bezug auf ihre offizielle Stellung-